

## Polnische Ukrainediskurse der Zwischenkriegszeit

Ralph Schattkowsky\*

### SUMMARY

#### Polish Discourses on Ukraine in the Interwar Period

The relationship with Ukraine and the Ukrainians played a role in all phases of planning and creating modern Polish statehood, in particular with regard to the territorial dimension of the new state to be created in the East. The ‘Ukrainian question’ was also raised in terms of the Ukrainian population, as part of the minority problem of the Second Polish Republic. Last but not least, relations with Russia, an existential problem from a Polish perspective, were also affected, contributing to their exposed position in both internal and external politics.

The political camps in Poland addressed the ‘Ukrainian question’ with very different degrees of intensity and, especially, continuity. The issue was much more of a priority for the national democrats than for the conservatives and agrarians—the approach was far from consistent. Only the socialists (even before the First World War) had thoroughly dedicated themselves to the national question in general, and the Ukrainian problem in particular. For them, it was clear that Polish independence and the establishment of a sovereign state were closely linked to resolving the ‘Ukrainian question’. This was the only productive way to improve Poland’s international position, and, above all, her relationship with Russia.

The debates on the Ukraine problem were conducted in relatively small elite circles, marginalized in the legislature and hardly affected political practice. Inspired by the catchwords ‘autonomy’ and ‘self-government’, extraordinary trains of thought emerged, which had genuine potential to resolve urgent issues of nationality politics, even beyond Poland’s borders.

Despite the profound discursive deliberations about all the problems associated with the ‘Ukrainian question’, and, especially after 1926, the actually available political resources to realize the proposed solutions, a state concept for implementing them never really emerged. The model of social or even state coexistence always remained unfocused and, ultimately, the political will to implement it was lacking.

KEYWORDS: Poland, Second Republic, minorities, Ukraine, nationalities, eastern policy, prometheism, nationhood

---

\* Die Entstehung des vorliegenden Aufsatzes wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.

Polnische Intellektuelle der Zwischenkriegszeit sind mit der Zweiten Polnischen Republik zuweilen hart ins Gericht gegangen. Persönlichkeiten wie der *Kultura*-Herausgeber Jerzy Giedroyc und der Literaturnobelpreisträger Czesław Miłosz sehen in ihren Erinnerungen schwerwiegende Indizien für ein generelles politisches Unvermögen und mangelnde gesellschaftliche Reife des modernen polnischen Staates, durchaus untersetzt mit einem Zweifel an der zivilisatorischen Qualität gegenüber dem in der gesellschaftlichen Entwicklung als klassisch empfundenen Westen.<sup>1</sup> Beide lassen kein gutes Haar an der Nationalitätenpolitik Polens in der Zwischenkriegszeit.<sup>2</sup> Beide wissen, wovon sie reden, waren sie doch in ihrer beruflichen und schriftstellerischen Tätigkeit eng mit der Politik in den polnischen Ostgebieten verbunden und in den intellektuellen Diskurs zum Ukraineproblem eingebunden.

Ihre kritischen Reflexionen repräsentieren den fundamentalen Bedeutungsgehalt der „ukrainischen Frage“ für die polnische Staatlichkeit: Sie durchzog nahezu alle politischen Ebenen und löste heftige intellektuelle Debatten aus. In allen Phasen der Planung und Gestaltung eines modernen polnischen Staates spielte der Umgang mit den Ukrainern und der Ukraine als einer Region, die Ansprüche auf Eigenständigkeit formulierte, eine tragende Rolle. Dabei stellte sich das Ukraineproblem zunächst als nationale Frage und bezog sich naturgemäß auf die territoriale Dimension eines zu schaffenden ukrainischen Staates als östlicher Nachbar. Nicht weniger brisant und in seiner Permanenz und Eindringlichkeit von weit größerer gesellschaftlicher Bedeutung war die Behandlung einer ukrainischen Bevölkerung auf dem polnischen Staatsterritorium, die sich in das Minderheitenproblem der Zweiten Polnischen Republik einordnete. Nicht zuletzt war es aber auch die Rolle der „ukrainischen Frage“ bei der Gestaltung der als existenzielles Problem empfundenen Beziehungen zu Russland, die ihre exponierte Stellung sowohl in der Innen- als auch Außenpolitik ausmachte. Dabei wurde „Russland“, unabhängig von seiner staatspolitischen Verfasstheit genau so bezeichnet, immer durch seine imperiale Attitüde und als permanente Bedrohung wahrgenommen.

In der Ukrainepolitik des polnischen Staates spiegeln sich in gewisser Weise die divergierenden Staatskonzeptionen und Gesellschaftsentwürfe der 1920er Jahre wider. Die einflussreichen politischen Lager stellten sich der „ukrainischen Frage“ in sehr unterschiedlicher Intensität und vor allem Kontinuität. Dass es in ihrer zeitgenössischen und auch forschungsgeschichtlichen

---

<sup>1</sup> ANDRZEJ CHWALBA: *Polen und der Osten. Texte zu einem spannungsreichen Verhältnis*, Frankfurt a. M. 2005, S. 15, spricht von einem Komplex der „zivilisatorischen Adoleszenz“ im Vergleich zu den „älteren“ Brüdern aus dem Westen. Dazu auch ERAZM KUZMA: *Mit Orientu i kultury Zachodu w literaturze XIX i XX wieku* [Der Mythos des Orients und der Kultur des Westens in der Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts], Szczecin 1980, S. 193.

<sup>2</sup> JERZY GIEDROYC: *Autobiografia na cztery ręce* [Autobiografie für vier Hände], Warszawa 1999, S. 44-49, 52; CZESŁAW MIŁOŚZ: *Wyprawa w dwudziestolecie* [Streifzug in den zwanziger Jahren], Kraków 1999, S. 395 f.

Rezeption durchweg zu einem Abgleich und auch einer direkten Zuordnung zu den beiden dominierenden politischen Strömungen kam, ist deshalb durchaus nachvollziehbar. Dennoch: Ein föderales Konzept der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS) und des Piłsudski-Lagers den integrativen, stringent nationalstaatlichen, an westlichen Modellen orientierten Vorstellungen des nationaldemokratisch-konservativen Lagers gegenüberzustellen, erscheint nur sehr bedingt dazu geeignet, die Grundpositionen dieser Debatte zu beschreiben. Der Gegensatz „staatliche Assimilation“ versus „völkisch-ethnische Vereinheitlichung“ kommt der historischen Sachlage schon näher. In der Tradition der polnischen Adelsrepublik und des polnisch-litauischen Großreiches sowie in der Auffassung, Volk und Staat seien historisch bedingt eng miteinander verflochten, lassen sich viele Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen politischen Positionen finden.<sup>3</sup> Ein Grunddissens blieb die von der Nationaldemokratie geforderte Zwangspolonisierung, die von der PPS abgelehnt wurde.

Nun wurden beide Grundkonzeptionen weder in der Theorie noch in der politischen Praxis einheitlich präsentiert oder gar umgesetzt. Vertreter beider Lager fanden unter dem Verdikt der Staatsraison oft genug zueinander.<sup>4</sup> Das heißt nicht, dass sie dabei ihre prinzipiellen Standpunkte verlassen hätten. Sie scheuten aber in der politischen Praxis jedes Risiko und zeigen dabei eine erstaunliche Unfähigkeit zu politischer Dynamik, die zu einer gewissen Konvergenz ihrer Grundpositionen führte.<sup>5</sup>

Hierin liegen auch die Gründe, warum es zu keiner dezidierten Ukrainepolitik gekommen ist. Sie bewegte sich in einem Spannungsfeld, das sich aus mehreren zeitlichen Etappen zusammensetzte: der Unterstützung nationaler Bestrebungen, der Tolerierung einer ukrainischen Staatlichkeit im Zuge zeitweiliger Bündnisse während des polnisch-sowjetischen Krieges 1920 bis hin zu einer stringenten Ablehnung jeglicher nationaler Eigenständigkeit, der Leugnung nationaler Identität und der Verweigerung des Minderheitenstatus. Zur Anerkennung einer souveränen Staatlichkeit auch in der rechtsufrigen Ukraine – also auf traditionell polnischem Staatsgebiet – ist es nie gekommen, und auch der Prometheismus als politisches Projekt der Unterstützung

<sup>3</sup> MACIEJ GÓRNY: Das ethnographische Motiv in den polnischen Föderationsplänen des 19. Jahrhunderts, in: WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, HEINZ DUCHHARDT u. a. (Hrsg.): Option Europa. Deutsche, polnische und ungarische Europa-pläne des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1, Göttingen 2005, S. 187-204.

<sup>4</sup> CHRISTHARDT HENSCHEL, STEPHAN STACH: Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918-1939, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 62 (2013), S. 164-186, hier S. 171; CORNELIA SCHENKE: Nationalstaat und nationale Frage. Polen und die Ukrainer 1921-1939, Hamburg – München 2004, S. 17.

<sup>5</sup> STEPHANIE ZLOCH: Polnische Europa-Ideen und Europa-Pläne zwischen den beiden Weltkriegen. Europa-Debatten im Zeitalter des Nationalismus, in: CLAUDIA KRAFT, KATRIN STEFFEN (Hrsg.): Europas Platz in Polen. Polnische Europakonzeptionen vom Mittelalter bis zum EU-Beitritt, Osnabrück 2005, S. 157-180, hier S. 176 f.

nationaler Bewegungen im östlichen Europa diente letztlich der Realisierung großmachtpolitischer Ambitionen Polens, zumindest jedoch einer funktionalen Partnerschaft im Kampf gegen Russland. Das föderale Projekt blieb unbestimmt, und gegen das ukrainisch-nationale Projekt stemmte man sich mit Macht.<sup>6</sup>

Diesem Schema folgten im Allgemeinen auch die Diskurse. Ihren Rahmen bildeten vornehmlich die Anerkennung der Bedeutsamkeit der „ukrainischen Frage“, die politischen Gegebenheiten und nicht zuletzt die Positionierung politischer Milieus und auch Personen. Die Bezugspunkte gingen dabei oft ineinander über und unterlagen in erheblichem Maße politischen Konjunkturen. Obwohl sich fast jeder Politiker oder Intellektuelle zur Ukrainefrage geäußert hat, lässt sich die Meinungsführerschaft in diesem Diskurs klar auf einen bestimmten Personenkreis eingrenzen. So wenig der Ukrainediskurs dabei als Dialog der Meinungen ausgelegt war, wo mit dem Ziel eines politischen Konsenses Argumente ausgetauscht und kritisch rezipiert werden, so ignorant verhielt er sich gegenüber den ukrainischen Repräsentanten der nationalen Bewegung. Dienten die polnischen Meinungsäußerungen in der Regel ausschließlich der Darstellung der eigenen Position, wurden die Ukrainer lediglich als Objekt wahrgenommen. Die durchaus vorhandenen Möglichkeiten zur Kommunikation in Zeitschriften und in Gestalt des Ukrainischen Forschungsinstituts<sup>7</sup> spielten keine Rolle. Auch hier war der Diskurs nicht darauf ausgelegt, zu einem *modus vivendi* zu finden, ganz zu schweigen von einer sichtbaren Kenntnisnahme der immerhin in den 1920er Jahren noch geführten Debatten um die Nationalitätenfrage in der Sowjetukraine. Der Einfluss von ukrainischer Seite auf den Diskurs beschränkte sich somit auf die energisch und zunehmend gewaltsam vorgebrachten Forderungen der ukrainischen Minderheit und terroristische Aktionen zu Beginn der 1930er Jahre und hatte mit einer Teilhabe nichts zu tun.

---

<sup>6</sup> MIROSLAWA PAPIERZYŃSKA-TUREK: *Sprawa ukraińska w Drugiej Rzeczypospolitej 1922-1926* [Die ukrainische Frage in der Zweiten Republik 1922-1926], Kraków 1979, besonders S. 281 ff.; HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Die polnisch-ukrainischen Beziehungen 1922-1939. Ein Literatur- und Forschungsbericht, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 39 (1991), S. 81-102, hier S. 90 ff.; RYSZARD TORZECKI: *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923-1929* [Die ukrainische Frage in Polen 1923-1929], Kraków 1989, S. 342 ff.; BARBARA STOCZEWSKA: *Ukraina i Ukraińcy w polskiej myśli politycznej. Od końca XIX wieku do wybuchu II wojny światowej* [Ukraine und Ukrainer im polnischen politischen Denken. Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs], Kraków 2013, S. 169-351; SCHENKE, *Nationalstaat* (wie Anm. 4), S. 17 ff.

<sup>7</sup> ROBERT POTOCKI: *Ukraiński Instytut Naukowy w Warszawie (1930-1939) – jego wkład do nauki i kultury ukraińskiej i polskiej* [Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Warschau (1930-1939) – sein Beitrag zur ukrainischen und polnischen Wissenschaft und Kultur], in: *Warszawskie Zeszyty Ukrainoznawczy* 6-7 (1998), S. 257-266; JERZY MATERNICKI: *Warszawskie środowisko historyczne w okresie II Rzeczypospolitej* [Historische Forschung in Warschau während der Zweiten Republik], *Rzeszów* 1999, S. 58.

Die Ukrainediskurse als Bestandteil einer konzeptionellen Ostpolitik und zur Lösung des Nationalitätenproblems der Zweiten Republik sind trotz ihrer beachtlichen Ergebnisse bislang nicht systematisch erschlossen worden. Dabei wäre es wenig zielführend, die Repräsentanten der Diskurse in ihrer Wirksamkeit und Aussage auf ihre politische oder organisatorische Provenienz zu reduzieren und damit in ein Lagerdenken zu verfallen. Die Protagonisten der Diskurse entziehen sich durch ihre Positionierungen oftmals einer eindeutigen Zuordnung. Deshalb erscheint es methodisch sinnvoll, den Diskurs von den Problemlagen her zu erfassen, in denen sich die „ukrainische Frage“ am deutlichsten präsentierte, und ihnen Personen oder Personengruppen zuzuordnen, die ein bestimmtes Milieu repräsentierten. Auf dieser Grundlage soll versucht werden, aus der Analyse der Diskurse heraus konzeptionelle Überlegungen zur „ukrainischen Frage“ vorzustellen, ihre politische Wirksamkeit einzuschätzen und ihre Abhängigkeit von innen- und außenpolitischen Veränderungen nachzuverfolgen. Dabei geht es vordergründig nicht darum, die Diskursfelder in ihrer ideengeschichtlichen und parteipolitischen Bedingtheit darzustellen und die einzelnen Positionierungen gegenüberzustellen – das hat die neuere Literatur geleistet. Vielmehr soll nachgezeichnet werden, welcher Prozess von einem kreativen, differenzierten und praktikablen Ansatz zu einer Situation führte, wo der Diskurs geradezu bedingungslos dem Diktum unterworfen wurde, die nationale Frage und das Ukraineproblem seien unlösbar, und welche Leitlinien und Personen daran beteiligt waren. Die konsequente Einordnung der Diskurse in die politische Dynamik der Zweiten Republik und die Kommunikation zwischen Ideenspendern und Exekutive ist bislang ein Forschungsdesiderat geblieben, das im Folgenden durch die analytische Erfassung einzelner Diskursräume beseitigt werden soll. Diese Diskursräume geben Aufschluss über die politische Positionierung der Akteure und einen durch den internationalen Kontext und die geopolitische Situation der Zweiten Polnischen Republik allgemein gesellschaftlich wahrgenommenen Imperativ einer Sicherheitsdoktrin. Dabei soll aufgezeigt werden, wie sich über die politischen Lagergrenzen hinweg Interessen kreuzten und Überschneidungspunkte mit der Regierungspolitik ergaben. Es soll schließlich danach gefragt werden, wieso der Diskurs keine konstruktive Wirksamkeit entfalten konnte und schließlich in der Einsicht in eine national verpflichtende Notwendigkeit politischer oder sogar persönlicher Bindungen, besonders ausgeprägt in der Fixierung auf Józef Piłsudski, und die absolute Dominanz der Macht des Faktischen mündete.

Hier muss die Forschung ansetzen und darf sich nicht mit dem auch in der neueren Literatur vertretenen Diktum, die Minderheitenfrage und das Ukraineproblem während der Zweiten Polnischen Republik seien nicht zu lösen gewesen<sup>8</sup>, zufrieden geben. Eine solche Position eignet sich weder als histori-

<sup>8</sup> ANDRZEJ CHOJNOWSKI: *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939* [Konzepte zur Nationalitätenpolitik der polnischen Regierungen der Jahre 1921-1939], Wrocław 1979, S. 5; SCHENKE, *Nationalstaat* (wie Anm. 4), S. 239.

sche Betrachtungsperspektive noch als Erklärung zeitgenössischer Handlungsmuster und wird dem historischen Phänomen nicht gerecht. Sie übernimmt allzu sehr Denk- und Verhaltensmuster der damaligen Akteure, die auf machtpolitischen Vorgaben, dem Glauben an eine gewisse Schicksalhaftigkeit, Unwillen sowie auch Unfähigkeit beruhen.

Dem kommt die neuere polnische Forschung bereits umfänglich nach und wendet sich dem Wirken einzelner Persönlichkeiten bzw. politischer Milieus unter bestimmten Fragestellungen zu. Sie ordnet mit dezidierten Werkanalysen die Frage des Ukraineproblems in den Komplex einer polnischen Ostpolitik ein. Die Arbeiten weiten nicht nur den Blick hinsichtlich der Bedeutung und der Politik gestaltenden Funktion der „ukrainischen Frage“, sondern ordnen die Zweite Republik auch in den europäischen Diskurs zum Nationalitätenproblem ein. Dabei wird auch die Grundkonstellation, bei der sich piastische und jagiellonische Staatskonzeptionen gegenüberstanden, erheblich differenzierter gesehen; unter den konkreten politischen Gegebenheiten seien die Standpunkte teilweise miteinander verschmolzen. Hierfür steht vor allem die Arbeit von Barbara Stoczewska, die zum ersten Mal umfassend die Haltung der maßgeblichen Parteien Zwischenkriegspolens zur „ukrainischen Frage“ analysiert.<sup>9</sup> Sie hat bereits mit ihrer Arbeit über Leon Wasilewski<sup>10</sup> einen Markstein in der Analyse der Haltung führender Persönlichkeiten der polnischen Politik zum Ukraineproblem gesetzt. Hier reihen sich Abhandlungen zu Tadeusz Hołówko<sup>11</sup>, Stanisław Łoś<sup>12</sup>, Stanisław Cat-Mackiewicz<sup>13</sup> oder auch

---

<sup>9</sup> STOCZEWSKA, Ukraina (wie Anm. 6).

<sup>10</sup> DIES.: Litwa, Białoruś, Ukraina w myśli politycznej Leona Wasilewskiego [Litauen, Weißrussland, Ukraine im politischen Denken Leon Wasilewskis], Kraków 2009; dazu weiter KRZYSZTOF BRZECHCZYN: Ukraina w koncepcjach federacyjnych Leona Wasilewskiego [Die Ukraine in den föderalen Konzepten Leon Wasilewskis], in: MICHAŁ BOHUN, JANUSZ GOCKOWSKI (Hrsg.): Zagadnienie rosyjskie. Myślenie o Rosji. Oglądy i obrazy spraw rosyjskich, Kraków 2000, S. 57-68; RYSZARD TOMCZYK: W kręgu publicystyki polityczna-historycznej – Leon Wasilewski i sprawa ukraińska. Zarys problemu [Im Umfeld politisch-historischer Publizistik – Leon Wasilewski und die ukrainische Frage. Ein Problemabriss], in: Biuletyn Polsko-Ukraiński 5 (1999), S. 37-45.

<sup>11</sup> IWO WERSCHLER: Z dziejów obozu belwederskiego – Tadeusz Hołówko, życie i działalność [Zur Geschichte des Belweder-Lagers – Tadeusz Hołówko, Leben und Werk], Warszawa 1984; DERS.: Stanowisko T. Hołówki wobec kwestii mniejszości słowiańskich w Drugiej Rzeczypospolitej (1918-1927) [Der Standpunkt T. Hołówkos zur slawischen Minderheitenfrage in der Zweiten Republik (1918-1927)], in: Dzieje Najnowsze 12 (1980), 4, S. 41-60.

<sup>12</sup> STANISŁAW ŁOŚ: Sprawa ukraińska we wspomnieniach, korespondencji i publistyce. Wybór pism [Die ukrainische Frage in Erinnerungen, Korrespondenz und Publizistik. Eine Auswahl an Schriften], hrsg. von MACIEJ MARSZAŁ und SYLWIA WÓJTOWICZ, Kraków 2012; PAULINA KUSZ: Jan Stanisław Łoś wobec kwestii ukraińskiej. Analiza myśli społeczno-politycznej [Jan Stanisław Łoś und die ukrainische Frage. Eine Analyse sozialpolitischen Denkens], Lublin 2010.

<sup>13</sup> ARTUR GÓRSKI: Władza polityczna w myśli Stanisława Cata-Mackiewicza [Die politische Macht im Denken von Stanisław Cat-Mackiewicz], Kraków 1999; JERZY

Stanisław Thugutt<sup>14</sup> ein, ohne die eine diskursive Erfassung des Ukraineproblems nur schwer möglich wäre und die durch gegenstandsbezogene, kritisch kommentierte Materialsammlungen komplettiert werden<sup>15</sup>. Auf deutscher Seite ist es die Dissertation von Cornelia Schenke, die einen Meilenstein in der Forschung zur polnischen Ukrainepolitik darstellt.<sup>16</sup> Obwohl sie sich auf Wolhynien beschränkt, trifft die Autorin fast durchgängig für die polnische Ukrainepolitik allgemein gültige Aussagen. Auch Stephanie Zloch gibt wertvolle Informationen zu Konzeptionen und Praxis polnischer Nationalitätenpolitik aus der Perspektive moderner Nationalismusforschung.<sup>17</sup>

Diese Entwicklung ist nicht nur Ausdruck einer Akzeptanz der Diskursanalyse als Methode wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern hängt auch eng mit einer verstärkten Hinwendung zum Verhältnis von konzeptionellem Denken bzw. wissenschaftlicher Arbeit und Politik zusammen. Es wird dem Phänomen nachgegangen, dass Forschungstätigkeit und politisches Engagement gerade im Zeitraum der Bildung moderner Staatlichkeit oftmals eng verflochten waren und deshalb eine getrennte Bewertung von intellektuellem Vermögen und politischem Einfluss kaum realisierbar erscheint. Es lässt sich analytisch nicht fassen, inwieweit beide Faktoren sich beeinflussten und individuelle Handlungsmuster generierten. Politiker und Forscher verschmolzen miteinander – bis zur Unkenntlichkeit ihrer jeweiligen Strukturelemente<sup>18</sup> – zu einem *homo politicus*, der Wissenschaftler, Lehrer, Manager, Publizist und eben Politiker zugleich war.

---

JARUZELSKI: Stanisław Cat-Mackiewicz 1896-1966, Warszawa 1987; STANISŁAW CAT-MACKIEWICZ: Teksty [Texte], hrsg. von JERZY JARUZELSKI, Warszawa 1990.

<sup>14</sup> ALICJA WÓJCIK: Myśl polityczna Stanisława Augusta Thugutta (1873-1941) [Das politische Denken von Stanisław August Thugutt (1873-1941)], Lublin 1992.

<sup>15</sup> PAWEŁ KOWAL, JAN OLDAKOWSKI u. a. (Hrsg.): Nie jesteśmy ukraińcami. Polska myśl polityczna wobec Ukraińców i Ukrainy. Antologia tekstów [Wir sind keine Ukrainophilen. Das polnische politische Denken über die Ukrainer und die Ukraine. Textanthologie], Wrocław 2008.

<sup>16</sup> SCHENKE, Nationalstaat (wie Anm. 4); DIES.: Polnische Ukrainepolitik in Wolhynien 1921-1939, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 62 (2013), S. 273-291.

<sup>17</sup> STEPHANIE ZLOCH: Polnischer Nationalismus. Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen, Köln u. a. 2010, S. 24 ff., 174 ff., 347 ff.

<sup>18</sup> RÜDIGER VOM BRUCH, UTA GERHARDT u. a. (Hrsg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2006; RÜDIGER VOM BRUCH, BRIGITTE KADERAS (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, hier besonders die Beiträge von MITCHELL ASH: Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander, S. 32-51, und JONATHAN HARWOOD: Forschertypen im Wandel 1880-1930, S. 162-168; WŁODZIMIERZ SULEJA, WOJCIECH WRZESIŃSKI: Spory o narodową i społeczną funkcję historyków polskich [Der Streit über die nationale und gesellschaftliche Funktion der polnischen Historiker], in: STEFAN K. KUCZYŃSKI (Hrsg.): Polskie Towarzystwo Historyczne 1886-1986. Zbiór studiów i materiałów, Wrocław u. a. 1990, S. 147-169.

Gerade in diesem Zusammenhang erscheint die Person Włodzimierz Bączkowskis der neueren Forschung von besonderem Interesse.<sup>19</sup> Er trat zwar relativ spät in Erscheinung, nahm aber als Mitarbeiter und Direktor des Osteuropa-Instituts (Instytut Wschodni) in Warschau und Herausgeber des *Biuletyn Polsko-Ukraiński* schnell eine Schlüsselstellung im Ukrainediskurs ein. Er ist aber vor allem deshalb interessant, weil er wie kaum ein anderer eine neue Wissenschaftlergeneration repräsentierte, die in leitender Position an autonomen Einrichtungen tätig und zugleich fest in höheren staatlichen Kreisen verankert war, bei der Verfolgung ihrer ambitionierten Zielstellungen keine Berührungängste gegenüber anderen politischen Lagern oder traditionellen Gegnern hatte und ausgesprochen international agierte. Ihre Vertreter sahen direkte politische Einflussnahme als Hauptaufgabe an, und zwar nicht nur in Wissenschaft und Forschung, sondern auch mittels der Heranbildung von Kadern, die diesem Muster dienen.<sup>20</sup> Die kommentierte Ausgabe seiner wichtigsten Schriften gibt nicht nur einen tiefen Einblick in die Problemstruktur der „ukrainischen Frage“, sondern vermittelt auch Grundmuster der Diskurskultur Zwischenkriegspolens.<sup>21</sup> Vor allem aber, auch hinsichtlich der anderen Protagonisten des Ukrainediskurses, stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit und Einbindung des konzeptionellen Denkens in der praktischen Innen- und Außenpolitik und schließlich nach der Kommunikation innerhalb der polnischen Eliten sowie dem Verhältnis von Geist und Macht in der Zweiten Republik. Als ein wichtiges repräsentatives Modell zur Beantwortung dieser Fragen hat die sozialwissenschaftliche Forschung bisher den Prometheismus<sup>22</sup> identifiziert, der auf der Grundlage diskursiver Denkmodelle konstruktiver Ukraine politik die nationale Frage mittels der Realisierung einer machtpolitisch orientierten polnischen Ostpolitik lösen wollte. Sowohl innen- als auch außenpolitisch übernahm er Rolle und Funktion einer „Erlösungs ideologie“,

<sup>19</sup> JACEK KLOCZKOWSKI: Jak rozwiązać spór polsko-ukraiński? Publicystyka Włodzimierza Bączkowskiego z lat trzydziestych [Wie ist der polnisch-ukrainische Konflikt zu lösen? Die Publizistik Włodzimierz Bączkowskis in den dreißiger Jahren], in: ARKADI RZEGOCKI (Hrsg.): *Narody i historia*, Kraków 2000, S. 207-238; JANUSZ CISEK: Włodzimierz Bączkowski, in: *Eurazja* (1997), 1, S. 89-91; EWA WILK: *Sprawy ukraińskie w twórczości Włodzimierza Bączkowskiego* [Die ukrainische Frage im Schaffen von Włodzimierz Bączkowski], Magisterarbeit, UMK, Toruń 1989.

<sup>20</sup> MARTIN KOHLRAUSCH, KATRIN STEFFEN u. a. (Hrsg.): *Expert Cultures in Central Eastern Europe. The Internationalization of Knowledge and the Transformation of Nation States since World War I*, Osnabrück 2010.

<sup>21</sup> WŁODZIMIERZ BĄCZKOWSKI: *O wschodnich problemach polskich. Wybór pism* [Die polnischen Ostprobleme. Eine Auswahl an Schriften], hrsg. von PAWEŁ KOWAL, Wrocław 2005. Hier auch S. 7-24 eine Darstellung seines Wirkens.

<sup>22</sup> SERGIUSZ MIKULICZ: *Prometeizm w polityce II Rzeczypospolitej* [Der Prometheismus in der Politik der Zweiten Republik], Warszawa 1971; MAREK KORNAT (Hrsg.): *Ruch prometejski i walka o przebudowę Europy Wschodniej (1918-1940)* [Die prometheistische Bewegung im Kampf um die Neugestaltung Osteuropas], Warszawa 2012; RALPH SCHATTKOWSKY: *Prometeizm und Osteuropaforschung in der Zweiten Polnischen Republik*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 61 (2012), S. 519-565.



die auf eine Unterstützung der nationalen Bewegungen und Autonomiebestrebungen der Völker im Sowjetstaat abzielte, um sie als Partner im Kampf gegen den östlichen Nachbarn zu gewinnen.

## 1 Diskursive Ausgangslage

Die polnische nationale Frage erforderte bereits vor dem Ersten Weltkrieg von allen politischen Lagern eine Positionierung nicht nur zur inneren Verfasstheit des zu errichtenden Staates, sondern auch zu seiner territorialen Gestalt.<sup>23</sup> Das allgegenwärtige Vorbild der polnisch-litauischen Union als Referenzmedium ließ es angeraten erscheinen, die Rolle der polnischen Ostgebiete, der Kresy<sup>24</sup>, und den Umgang mit der „ukrainischen Frage“ in seiner staatlichen und ethnischen, aber auch geopolitischen Dimension zu klären. Naturgemäß standen dabei vor allem die galizischen Konservativen in der Pflicht. Trotz der zunehmenden Differenzen zwischen ihren Krakauer und Lemberger Vertretern<sup>25</sup> erkannten sie prinzipiell die Ukrainer als Volk an und billigten ihnen auch eine selbständige Position zu. Vor dem Hintergrund einer gemeinsamen historischen Tradition befürworteten sie ein Zusammenleben, freilich unter der Voraussetzung einer polnischen Vorherrschaft. Gerade unter dem Aspekt des polnisch-litauischen Großreiches sahen sie eine zivilisatorische Mission der Polen im Osten auch weiterhin als ihre Aufgabe an.<sup>26</sup> Die größte Gefahr bestand für die Konservativen, vor allem für deren Krakauer Repräsentanten unter dem Historiker und galizischen Vorkriegswoiwoden Michał Bobrzyński, in der Stärke der ukrainischen Nationalbewegung und de-

<sup>23</sup> STOCZEWSKA, Ukraina (wie Anm. 6), S. 39-167.

<sup>24</sup> ALEXANDRA SCHWEIGER: Polens Zukunft liegt im Osten. Polnische Ostkonzepte der späten Teilungszeit (1890-1918), Marburg 2014.

<sup>25</sup> Zum Selbstverständnis der Konservativen vgl. GREGORZ RADOMSKI, WITOLD WOJDYŁO (Hrsg.): Antologia polskiej myśli politycznej okresu rozbiorów [Anthologie des polnischen politischen Denkens der Teilungszeit], Toruń 2010, S. 17 ff., sowie PIOTR DUNIN-BORKOWSKI: Konserwatyzm a idea elity rządzącej [Konservatismus und die Idee einer herrschenden Elite], ebenda, S. 39-46.

<sup>26</sup> Więcej niż niepodległość. Polska myśl polityczna 1918-1939 [Mehr als die Unabhängigkeit. Polnisches politisches Denken 1918-1939], Lublin 2001, S. 29 ff.; WŁODZIMIERZ MICH: Problem mniejszości narodowych w myśli politycznej polskiego ruchu konserwatywnego (1918-1939) [Das Problem der nationalen Minderheiten im politischen Denken der polnischen konservativen Bewegung (1918-1939)], Lublin 1992, S. 180 ff.; DERS.: Obcy w polskim domu. Nacjonalistyczne koncepcje rozwiązania problemu mniejszości narodowych 1918-1939 [Fremde im polnischen Haus. Nationalistische Konzepte zur Lösung des Problems nationaler Minderheiten 1918-1939], Lublin 1994, S. 91 ff. Repräsentativ hierfür die Position von STANISŁAW TARNOWSKI: O Rusi i Rusinach [Über Russen und Rusinen], Kraków 1891, auszugsweiser Nachdruck in: KOWAL/OLDAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 29-56, hier S. 44, 55 f.

ren moskalophilen Tendenzen.<sup>27</sup> So wie den Konservativen jedoch der nationale Gedanke fremd war, so lehnten sie auch jeglichen Nationalismus in Form ethnischer Ausgrenzung oder Assimilation ab. Hier trafen sie sich mit den Auffassungen der Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL)<sup>28</sup>, die eine Selbstbestimmung der Ukrainer durchaus anerkannte, sich aber gegen jegliche Unterwerfung und zwanghafte zivilisatorische Missionierung stellte.

Die polnische Nationaldemokratie folgte am konsequentesten jenem *sacro egoismo*, der den ethnischen Faktor zu einem Leitprinzip des europäischen Nationalismus machte. Ihre Führer, Roman Dmowski und Ludwig Popławski, hatten das „Polnische“ als Legitimation nationaler Bestrebungen bis zum Ersten Weltkrieg programmatisch durchgesetzt.<sup>29</sup> Ihr Grundkanon bestand darin, dass ein starker polnischer Staat angesichts der geopolitischen Bedrohungssituation nur in Form eines ethnisch homogenen, disziplinierten Volkes bestehen könne.<sup>30</sup> Anderen ethnischen Gruppen im polnischen Staat wurde somit das Recht auf nationale Selbstbestimmung abgesprochen. Sie hatten sich den Interessen des polnischen Volkes unterzuordnen. Den Ukrainern verweigerte die Nationaldemokratie die Anerkennung als eigenes Volk mit nationaler Identität, und jegliche Autonomie schloss sie aus.<sup>31</sup> Es war nicht nur diese

---

<sup>27</sup> JERZY MATERNICKI: Michał Bobrzyński wobec tzw. idei jagiellońskiej. Ewolucja poglądów i jej uwarunkowania [Michał Bobrzyński und die sogenannte jagiellonische Idee. Die Entstehung der Anschauungen und ihre Bedingtheiten], Warszawa 1979; WALDEMAR ŁAZUGA: Ostatni stańczyk. Michał Bobrzyński – portret konserwatysty [Der letzte Stanczyk – Michał Bobrzyński. Porträt eines Konservativen], Poznań 1982.

<sup>28</sup> Więcej niż niepodległość (wie Anm. 26), S. 221 ff.

<sup>29</sup> BOGUMIŁ GROTT: Die nationale (nationaldemokratische) Bewegung in Polen 1886-1996: ihre wichtigsten Ideen und religiösen Grundlagen, in: Österreichische Osthefte 41 (1999), 3/4, S. 427-444; ROMAN WAPIŃSKI: Idea narodu w myśli społecznej i politycznej Endecji przed rokiem 1918 [Die nationale Idee im sozialen und politischen Denken der Nationaldemokratie vor 1918], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porzbiorowych, Warszawa 1977, S. 222-245; DERS.: Z dziejów tendencji nacjonalistycznych. O stanowisko Narodowej Demokracji wobec kwestii narodowej w latach 1893-1939 [Zur Geschichte nationalistischer Tendenzen. Über den Standpunkt der Nationaldemokratie zur nationalen Frage in den Jahren 1893-1939], in: Kwartalnik Historyczny 80 (1973), 4, S. 817-844; ROMAN DMOWSKI: Myśli nowoczesnego Polaka [Gedanken eines modernen Polen], Lwów 1904; KURT GEORG HAUSMANN: Die politischen Ideen Roman Dmowskis. Ein Beitrag zur Geschichte des Nationalismus in Ostmitteleuropa vor dem Ersten Weltkrieg, maschinschriftl. Habilitationsschrift, Kiel 1968; TERESA KULAK: Jan Ludwik Popławski. Biografia polityczna [Jan Ludwik Popławski. Eine politische Biografie], Wrocław 1994; DIES.: Kresy w myśli politycznej Jana Ludwika Popławskiego [Die Kresy im politischen Denken Jan Ludwik Popławskis], in: WOJCIECH WRZESIŃSKI (Hrsg.): Między Polska etniczną a historyczną, Wrocław 1988, S. 187-208; SCHWEIGER (wie Anm. 24), S. 54 ff.

<sup>30</sup> Zur Nationalismuskonzeption Dmowskis vgl. HAUSMANN (wie Anm. 29), S. 107 ff.

<sup>31</sup> WAPIŃSKI, Z dziejów tendencji nacjonalistycznych (wie Anm. 29); DERS.: Endecja wobec kwestii ukraińskiej i białoruskiej [Die Nationaldemokratie und die ukrainische und weißrussische Frage], in: JERZY OCHMAŃSKI (Hrsg.): Słowianie w dziejach Europy, Poznań 1974, S. 301-308; WITOLD WOJDYŁO: Kwestia ukraińska w myśli społeczno-

scheinbar schlüssige Logik, die zu dem dominanten Einfluss der Nationaldemokratie führte, sondern gewiss auch deren Bestreben, das hier verfolgte Nationalstaatsmodell als in Europa allgemein gültig und bestens erprobt darzustellen.

Nun standen zwar nationale Fragen bei der Nationaldemokratie weit stärker im Fokus als bei Konservativen und Bauernparteilern, von einem Konzept zur nationalen Frage, das die polnischen Gegebenheiten berücksichtigt hätte, kann jedoch keine Rede sein. Zweifellos waren einzig die Sozialisten schon vor dem Ersten Weltkrieg und erst recht nach der Gründung der Zweiten Republik die einzige Kraft, die sich tiefgehend und mit wissenschaftlichem Anspruch der nationalen Frage und vor allem dem Ukraineproblem gewidmet hat. Für sie stand fest, dass die polnische Unabhängigkeit und die Errichtung eines souveränen Staates eng mit der Lösung der „ukrainischen Frage“ zusammenhing und sich nur auf diese Weise Polen international positionieren und vor allem das Verhältnis zu Russland produktiv gestalten lassen würde.<sup>32</sup> Frühzeitig legte Leon Wasilewski eine Reihe von Veröffentlichungen vor<sup>33</sup> und profilierte sich rasch zu einem allgemein anerkannten Theoretiker der na-

---

politycznej obozu narodowo-demokratycznego w Drugiej Rzeczypospolitej [Die ukrainische Frage im sozialpolitischen Denken des nationaldemokratischen Lagers in der Zweiten Republik], in: ZBIGNIEW KARPUS, WALDEMAR REZMER u. a. (Hrsg.): *Polska i Ukraina. Sojusz 1920 roku i jego następstwa*, Toruń 1997 S., 359-370, hier S. 359; GRZEGORZ RADOMSKI: *Narodowa Demokracja wobec problematyki mniejszości narodowych w Drugiej Rzeczypospolitej w latach 1918-1926* [Die Nationaldemokratie und das Problem der nationalen Minderheiten in der Zweiten Republik 1918-1926], Toruń 2001, S. 8 ff.

<sup>32</sup> Więcej niż niepodległość (wie Anm. 26), S. 259 ff.; ROMAN BÄCKER: *Problematyka państwa w polskiej myśli socjalistycznej lat 1918-1948* [Die Staatsfrage im polnischen sozialistischen Denken 1918-1948], Toruń 1994, S. 28 ff.; EUGENIUSZ KOKO: *W nadziei na zgodę. Polski ruch socjalistyczny wobec kwestii narodowościowej w Polsce (1918-1939)* [In der Hoffnung auf Eintracht. Die polnische sozialistische Bewegung und die nationale Frage in Polen (1918-1939)], Gdańsk 1995, S. 36 ff.; DERS.: *Polska Partia Socjalistyczna wobec kwestii ukraińskiej w latach 1918-1939 (ze szczególnym uwzględnieniem okresu kształtowania się zasadniczych koncepcji do 1925)* [Die Polnische Sozialistische Partei und die ukrainische Frage 1918-1939 (unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung der konzeptionellen Grundsätze bis 1925)], in: EWA GRZEŚKOWIAK-ŁUCZYK (Hrsg.): *Polska – Polacy – mniejszości narodowe*, Wrocław 1992, S. 343-356; STEFAN MICHAŁOWSKI: *Problem mniejszości narodowych w myśli politycznej Polskiej Partii Socjalistycznej* [Das Problem der nationalen Minderheiten im politischen Denken der Polnischen Sozialistischen Partei], in: JAN JACHYMEK (Hrsg.): *Mniejszości narodowe w polskiej myśli politycznej XX wieku*, Lublin 1992, S. 122-144; MICHAŁ ŚLIWA: *Kwestia narodowościowa w polityce i programach socjalistów polskich w okresie Drugiej Rzeczypospolitej* [Die nationale Frage in Politik und Programmatik der polnischen Sozialisten in der Zweiten Republik], in: *Dzieje Najnowsze* 15 (1983), 1-2, S. 107-128.

<sup>33</sup> LEON WASILEWSKI: *Ukraina i sprawa ukraińska* [Die Ukraine und die ukrainische Frage] (1908), Nachdruck in: KOWAL/OLDAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 73-92; DERS.: *O usamodzielnieniu Ukrainy* [Die Selbständigkeit der Ukraine] (1911), Nachdruck ebenda, S. 93-99; STOCZEWSKA, Litwa (wie Anm. 10), S. 264 ff.

tionalen Frage und zu einem Spezialisten des Ukraineproblems.<sup>34</sup> Er dominierte aber nicht nur die innerparteiliche Debatte zu diesem Thema, sondern bestimmte mit seinen Thesen auch den Diskurs in der Zweiten Republik, nicht zuletzt durch seine hohen Staatsämter u. a. als Innen- und Außenminister. Ebenso war Wasilewski aber auch Initiator einer stark auf Osteuropa fokussierten Forschung und Direktor des Instituts für Nationalitätenforschung (Instytut Badań Norodowościowych, IBN).<sup>35</sup> Die PPS setzte mit den Arbeiten von Wasilewski und Tadeusz Hołówko Maßstäbe in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen und des Minderheitenrechts in europäischer Dimension. Von ihr gingen auch Leitmotive und Positionierungen für das Piłsudski-Lager<sup>36</sup> aus, die, verbunden mit einem föderalen Projekt, die Berücksichtigung nicht-polnischer nationaler Ambitionen einforderten und die rein nationalstaatliche Vorstellung eines Nationalismus, der sich ausschließlich in der Herstellung ethnischer Einheitlichkeit definiert, ablehnten.<sup>37</sup>

Die Debatten zum Ukraineproblem wurden in relativ kleinen, elitären Kreisen geführt und von der Legislative marginalisiert, sodass sie kaum einmal in die politische Praxis einfließen, wiederholten sich jedoch in Konfliktsituationen. Freilich entstanden dabei unter den Stichworten „Autonomie“ und „Selbstverwaltung“ bemerkenswerte Gedankengänge, die ernsthaftes Potenzial für die Lösung drängender Fragen der Nationalitätenpolitik sogar über den polnischen Rahmen hinaus besaßen. Neben monografischen Arbeiten waren es vor allem Zeitungen und Zeitschriften, in denen der Diskurs geführt wurde. *Droga*<sup>38</sup>, *Przegląd Wszechpolski*<sup>39</sup>, *Przegląd Współczesny*, *Czas*<sup>40</sup> und

<sup>34</sup> STOCZEWSKA, Litwa (wie Anm. 10), S. 11 ff., 43 ff., 264 ff.; JÓZEF SKRZYPEK: Zagadnienie ukraińskie w pracach Leona Wasilewskiego [Das ukrainische Problem in den Arbeiten Leon Wasilewskis], in: *Niepodległość* (1937), 16, S. 193-201; TOMCZYK (wie Anm. 10), S. 37-45.

<sup>35</sup> WAŁAW LIPIŃSKI: Leon Wasilewski jako organizator i badacz najnowszej historii Polski [Leon Wasilewski als Organisator und Erforscher der neuesten Geschichte Polens], in: *Niepodległość* (1937), 16, S. 164-179, besonders S. 169 ff.

<sup>36</sup> Więcej niż niepodległość (wie Anm. 26), S. 69 ff.; EUGENIUSZ KOKO: Polska Partia Socjalistyczna i Józef Piłsudski wobec kwestii ukraińskiej w latach 1918-1920. Próba porównania stanowisk [Die Polnische Sozialistische Partei und Józef Piłsudski zur ukrainischen Frage 1918-1920. Versuch eines Vergleichs der Standpunkte], in: *Dzieje Najnowsze* 21 (1989), 1, S. 27-40; ANTONI SEREDNICKI: Marszałek Józef Piłsudski a Ukraina [Marschall Józef Piłsudski und die Ukraine], in: *Biuletyn Polsko-Ukraiński* 8 (2002), S. 55-84.

<sup>37</sup> BRZECHCZYN (wie Anm. 10), S. 61 ff.

<sup>38</sup> DARIA NAŁĘCZ: „Droga“ jako platforma kształtowania się ideologii piłsudczików [„Droga“ als Plattform der Ideologieentwicklung des Piłsudski-Lagers], in: *Przegląd Historyczny* 66 (1975), 4, S. 589-608.

<sup>39</sup> ROMAN WAPIŃSKI: „Przegląd Wszechpolski“ (1895-1905, 1922-1926), in: HENRYK ZIELIŃSKI (Hrsg.): *Na warsztatach historyków polskiej myśli politycznej*, Wrocław 1980, S. 79-93; MARIA KRÓLIKOWSKA: Ideologia historyczna „Przeglądu Wszechpolskiego“ [Die historische Ideologie des „Przegląd Wszechpolski“], in: *Przegląd Humanistyczny* (1987), 6, S. 41-57.

*Słowo*, um nur einige zu nennen, repräsentierten zwar jeweils eigene politische Richtungen, zeigten sich jedoch durchaus offen für andere Meinungen. Darüber hinaus wurde aber auch die Meinungsbildung frühzeitig institutionalisiert. Schon 1922 entstand das IBN<sup>41</sup>, das in der Ukrainefrage einen Schwerpunkt sah und mit der Zeitschrift *Sprawy Narodowościowe* (Nationalitätenfragen) ein Medium wissenschaftlich fundierter Dispute bildete. 1930 wurden in Wilna das Wissenschaftliche Forschungsinstitut für Osteuropa (Instytut Naukowo-Badawczy Europy Wschodniej) mit einer wissenschaftlichen und didaktischen Aufgabenstellung und in Warschau das Osteuropa-Institut gegründet<sup>42</sup>, das mit dem *Biuletyn Polsko-Ukraiński* das zentrale Organ der kritischen Meinungsbildung zur polnischen Ukrainepolitik herausgab. Das *Biuletyn* erlangte seine Bedeutung nicht nur durch eine zentrale Anbindung an wichtige staatliche Institutionen, sondern auch dadurch, dass es sich Repräsentanten verschiedener politischer Lager öffnete und auch Meinungsführern der ukrainischen Nationalbewegung eine Plattform bot.<sup>43</sup>

<sup>40</sup> RADOSŁAW STĘPCZYŃSKI: Kwestia ukraińska na łamach „Czasu“ w latach 1930-1933 [Die ukrainische Frage in den Spalten der „Czas“ 1930-1933], in: JOANNA MARSZAŁEK-KAWA, ZBIGNIEW KARPUS (Hrsg.): Stosunki polsko-ukraińskie. Historia i pamięć, Toruń 2008, S. 109-128.

<sup>41</sup> STEPHAN STACH: The Institute of Nationality Research (1921-1939). A Think Tank for Minority Politics in Poland?, in: YVONNE KLEINMANN, DERS. u. a. (Hrsg.): Religion in the Mirror of Law. Eastern European Perspectives from the Early Modern Period till 1939, Frankfurt a. M. 2016, S. 149-182; MIROSLAW BORUTA: Instytut Badań Spraw Narodowościowych (1921-1939). Z dziejów polskich badań naukowych nad problematyką etniczną [Das Institut für Nationalitätenforschung. Zur Geschichte der polnischen Forschungen über die ethnische Problematik], in: Przegląd Polonijny 11 (1985), 2, S. 63-79.

<sup>42</sup> MAREK KORNAŁ: Bolszewizm, totalitaryzm, rewolucja, Rosja. Początki sowietologii i studiów nad systemami totalitarnymi w Polsce (1918-1939) [Bolschewismus, Totalitarismus, Revolution, Russland. Die Anfänge der Sowjetologie und von Studien über totalitäre Systeme in Polen (1918-1939)], Teil 1, Kraków 2003, S. 61 ff.

<sup>43</sup> PAWEŁ KOWAL: Przyczynki do dziejów „sprawy ukraińskiej“ w Polsce [Beiträge zur Geschichte der „ukrainischen Frage“ in Polen], in: KOWAL/OLDAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 9-26, hier S. 13; JACEK KŁOCZKOWSKI, DERS.: O Włodzimierzu Bączkowskim [Włodzimierz Bączkowski], in: BĄCZKOWSKI, O wschodnich problemach Polski (wie Anm. 21), S. 9-24, hier S. 11 f.; WŁODZIMIERZ BĄCZKOWSKI: Karta historii stosunków polsko-ukraińskich. Biuletyn polsko-ukraiński [Ein Blatt aus der Geschichte der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Das Polnisch-Ukrainische Bulletin], in: Niepodległość 19 (1986), S. 116-129; 21 (1988), S. 4-31.

## 2 Diskursfelder

Die von den verschiedenen politischen Lagern vor der Staatsgründung formulierten Grundpositionen zur „ukrainischen Frage“ wurden auch nach dem November 1918 im Wesentlichen weiter vertreten.<sup>44</sup> Es dominierte ein positiver Grundton, der die Ukrainer als eigenständiges Volk ansah, ihnen selbständige Rechte zuerkannte und in einem gemeinsamen Handeln die Grundvoraussetzung zur gedeihlichen Entwicklung des polnischen Staates sah.<sup>45</sup> Eine Ausnahme bildete lediglich die Nationaldemokratie, für die die „ukrainische Frage“ durchaus wichtig war, jedoch als Minderheitenproblem lediglich vorübergehende und untergeordnete Bedeutung besaß. Prinzipiell können den politischen Gruppierungen also nahezu über den gesamten Zwischenkriegszeitraum, bei aller Unterschiedlichkeit, Bestrebungen zu einer Lösung des Ukraineproblems nicht abgesprochen werden. Einig war man sich in der Kritik an der als desaströs empfundenen Minderheitenpolitik der Regierung. Es spricht für die Heterogenität der politischen Lager, dass sich daran auch in Zeiten der Regierungsbeteiligung nicht viel änderte. Dabei standen der Assimilierungsdruck sowie die permanenten Verstöße gegen die verfassungsmäßig garantierten Grund- und Minderheitenrechte im Mittelpunkt. Die Nationaldemokratie kritisierte hingegen die ihrer Ansicht nach inkonsequente Polonisierung. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Positionierung, des Verhältnisses zum polnischen Staat und Volk sowie der Zuerkennung einer eigenständigen kulturellen Entwicklung zeigten sich jedoch schon erste Unterschiede. Entlang der Frage, ob man bereit war, aktiv an der Verwirklichung nationaler Selbstbestimmungsrechte der Ukrainer in Polen teilzunehmen, verlief die entscheidende Trennlinie. Die Diskurse konzentrierten sich auf praktische Aspekte, wie die Autonomie und kulturellen und ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten der Ukrainer in Polen.

Nachdem 1921 mit dem Frieden von Riga und der Einigung mit Sowjetrussland über eine Grenzziehung eine ukrainische Staatlichkeit *ad acta* gelegt worden war, stellte sich die „ukrainische Frage“ vornehmlich als Problem des Umgangs mit den Ukrainern auf polnischem Staatsterritorium und bettete sich damit ein in die allgemeine Minderheitenproblematik. Der Grundwiderspruch zwischen nationalstaatlicher Konstruktion und multinationaler Existenz machte den Umgang mit der fast ein Drittel der Bevölkerung bildenden nicht-polnischen Bevölkerung, von denen die Ukrainer den Großteil stellten (ca.

---

<sup>44</sup> PAPIERZYSKA-TUREK (wie Anm. 6), S. 44 ff.; TORZECKI, *Kwestia* (wie Anm. 6), S. 111 ff.; STOCZEWSKA, *Ukraina* (wie Anm. 6), S. 169-351; SCHENKE, *Nationalstaat* (wie Anm. 4), S. 47 ff.

<sup>45</sup> KRZYSZTOF KAWALEC: *Spadkobiercy niepokornych. Dzieje polskiej myśli politycznej* [Die ungebrochenen Erben. Geschichte des polnischen politischen Denkens], Wrocław u. a. 2000, S. 41 ff.

14 Prozent der Gesamtbevölkerung)<sup>46</sup>, zu einem diffizilen Problem, das durch die Konstruktion des Versailler Nachkriegssystem internationalisiert wurde. Die Diskurse zur Ukrainefrage waren also nicht mehr nur innenpolitische Debatten um die Behandlung einer anderen Volksgruppe, sondern tangierten unmittelbar die mit großen Ambitionen verbundene internationale Positionierung Polens und machten das Ukraineproblem zu einem permanenten Reizthema.

## 2.1 Die Frage nach einer ukrainischen Identität

Die Anerkennung der Ukrainer als Volk mit eigener Kultur und einem nationalen Bewusstsein stellte ein Schlüsselproblem innerhalb der Ukrainediskurse dar. Sie verband sich mit der Frage ihrer Bezeichnung, denn es war keinesfalls selbstverständlich, die Begriffe „Ukrainer“ oder „ukrainisch“ zu benutzen, üblich waren eher „Rusiny“ (Ruthenen) oder „ruski“. Dabei war die Verwendung der Begriffe nicht in jedem Fall gleichbedeutend mit der Leugnung ihrer kulturellen Eigenständigkeit und einer Zuordnung zum russischen Volk. Eigentlich ging es auch nicht um eine Bezeichnung, sondern im Grunde um die Bestimmung und Bewertung von deren Beziehungen zum polnischen Volk und zur Zweiten Republik. Dementsprechend prinzipiell wurde argumentiert.

Roman Dmowski hatte die Nationaldemokratie eindeutig positioniert. Er sprach den Ukrainern nicht nur die Qualität ihrer nationalen Identität ab, sondern sah die „ukrainische Frage“ schlechthin als ein Produkt antipolnischer Politik Österreichs.<sup>47</sup> Daran sollte sich auch im gesamten Zeitraum der Zweiten Republik nichts ändern. Aus der Perspektive der Nationaldemokratie war nicht nur die Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechtes gegenstandslos, sondern es wurden auch sämtliche nationalen Artikulationen der Ukrainer unmittelbar zu einer Kampfansage an die polnische Staatlichkeit und damit an die Existenzbedingungen des polnischen Volkes umgedeutet. Hier fand insbesondere Jędrzej Giertych als führender theoretischer Kopf der jüngeren Generation in der Nationaldemokratie sein Betätigungsfeld, indem er den Ukrainern unzureichende Bildung und ein kaum ausgebildetes nationales Bewusstsein attestierte.<sup>48</sup>

Als Beleg nationaler Unfähigkeit diente ihm der trotz günstiger Bedingungen und starker Unterstützung Deutschlands gescheiterte Versuch einer Staatsbildung am Ausgang des Ersten Weltkriegs. Diese Beweisführung war

<sup>46</sup> JERZY TOMASZEWSKI: *Ojczyzna nie tylko dla polaków. Mniejszości narodowe w Polsce w latach 1918-1939* [Ein Vaterland nicht nur für Polen. Nationale Minderheiten in Polen 1918-1939], Warszawa 1985, S. 50.

<sup>47</sup> ROMAN DMOWSKI: *Zagadnienia śródkowo- i wschodnio-europejskie* [Probleme Mittel- und Osteuropas], in: ROMAN WAPIŃSKI (Hrsg.): *R. Dmowski. Wybór pism*, Warszawa 1990, S. 237.

<sup>48</sup> JĘDRZEJ GIERTYCH: *O program polityki kresowej* [Über das Programm der Kresy-Politik], Warszawa 1932, S. 113.

angesichts der Politik Piłsudskis gegenüber dem ukrainischen Staatsprojekt während des polnisch-sowjetischen Krieges nicht unklug gewählt und verfehlte ihre Wirkung nicht. Aufgrund des angeblich geringen nationalen Entwicklungsgrades verweigerte die Nationaldemokratie auch konsequent die Anerkennung der Bezeichnung „Ukrainer“ und „ukrainisch“. Sie hielt an den Begriffen „Rusiny“ und „ruski“ fest und sah in der Volksgruppe lediglich einen Stamm sowie in der Sprache einen polnischen Dialekt.<sup>49</sup> Gewisse Unterschiede dieser „Kleinrussen“ zu Polen und Russen wurden zwar eingestanden, seien aber weit entfernt von einer kulturellen Eigenständigkeit und trügen höchstens folkloristischen Charakter. Aus dieser Haltung leitete sich eine ganze Argumentationskette ab, die die Stellung der Nationaldemokratie zur allgemeinen Minderheitenfrage maßgeblich bestimmte. Wer den Zeitpunkt der Nationalstaatsbildung verpasst habe, wie die Ukrainer, dem wurden Entwicklungsmöglichkeiten grundsätzlich abgesprochen. Eine Lösung könne nur in der Assimilation im Polentum bestehen. Grundlage dafür müsse loyales Verhalten dem Staat gegenüber sein. Alles was sie davon abhalte, vor allem die ukrainische Nationalbewegung, schade Ukrainern und Polen, sei ohnehin künstlich, fremdbestimmt und müsse daher mit aller Kraft bekämpft werden.<sup>50</sup>

Wenn auch die Konservativen die Polonisierung der ukrainischen Bevölkerung ablehnten, so fanden sie doch in der Betonung der zivilisatorischen Mission der Polen gegenüber den Ukrainern eine Reihe von Berührungspunkten mit den Nationaldemokraten. Nur die Polen könnten das europäische Kulturniveau vermitteln<sup>51</sup>, womit eine dauerhafte und enge Verbindung, ja eine Abhängigkeit konstruiert wurde. Diese Haltung implizierte eine Abwertung des Begriffs „Ukraine“, der von den Konservativen seit dem Ende der 1920er Jahre zunehmend mit den Bestrebungen der ukrainischen nationalen Bewegung verbunden wurde. Außerdem würde seine Verwendung eine Nähe zur Sowjetukraine suggerieren, was der polnischen Staatsraison widerspräche. Jan Bobrzyński formulierte schließlich den protektionistischen Ansatz einer gemeinsamen Verantwortung aller Parteien und Bürger zum Kampf gegen Sowjetrussland, was letztlich zu einer Ablehnung der offiziellen Verwendung des Begriffes „Ukraine“ führte.<sup>52</sup>

Ein weiteres verbindendes Element war die katholische Kirche. Die starke Bindung der Nationaldemokratie an den polnischen Katholizismus bestimmte auch ihr Verhalten in der Ukrainefrage. Religion war für die Nationaldemokratie ein Leitmedium nationaler Erziehung, und der nationale Gedanke war fest in der katholischen Kirche verankert. Sie hatte aus Sicht der Nationaldemokratie auch eine entscheidende Funktion im Prozess der Assimilation: Der

---

<sup>49</sup> STOCZEWSKA, *Ukraina* (wie Anm. 6), S. 246.

<sup>50</sup> RADOMSKI (wie Anm. 31), S. 17 ff.

<sup>51</sup> STOCZEWSKA, *Ukraina* (wie Anm. 6), S. 206 ff.

<sup>52</sup> WŁODZIMIERZ MICH: *Publicystyka polityczna „Naszej Przyszłości“ 1930-1939* [Die politische Publizistik von „Nasza Przyszłość“ 1930-1939], Lublin 2009, S. 468.



Kleriker galt als „Pionier der polnischen Offensive“.<sup>53</sup> Dementsprechend war das Feindbild in Gestalt der griechisch-katholischen (unierten) Kirche als Träger des ukrainischen Nationalgedankens fest umrissen, und ihr Lemberger Metropolit Andrzej Szeptycki galt als Agent der ukrainischen Nationalbewegung. Hier schlug die Stunde der Christdemokraten (Chrześcijańska demokracja, Chadecy). Deren Haltung zum Ukraineproblem könnte als Fußnote abgetan werden, wenn sie nicht durch ihre Ausrichtung auf die römisch-katholische Kirche und die damit verbundene personelle Durchsetzung eng an die Nationaldemokraten sowie die Konservativen gebunden gewesen und auch durch das Piłsudski-Lager berücksichtigt worden wären, wodurch sie hinsichtlich des Ukraineproblems große Einflussmöglichkeiten besaßen.<sup>54</sup> Den Ideen der Nationaldemokraten standen sie sehr nahe. Dementsprechend gingen sie von einem nationalen Charakter des polnischen Staates aus, dessen Souverän, das polnische Volk, als „Gastgeber“ (gospodarz) auftritt. Andere Nationen hätten als „Gast“ der Entwicklung des Gastgebers nicht zu schaden, und sie sollten gemeinsam den Staat des polnischen Volkes errichten.

Obwohl eine Parlamentsinitiative der ukrainischen Abgeordneten von 1928 zur offiziellen Verwendung der Begriffe „Ukrainer“ und „ukrainisch“ eine Positionierung verlangte und ein weiteres Kapitel des Ukrainediskurses eröffnete, trat doch diese Bezeichnung immer weiter in den Hintergrund, und das Ukraineproblem ordnete sich zunehmend der Staatsraison unter. Hier gab das Piłsudski-Lager die Leitlinien vor. Seit dem Mai-Umsturz von 1926 und der Errichtung einer zunehmend diktatorisch agierenden Sanacja-Regierung (Regierung der Sanierung) verschmolzen im politischen Selbstverständnis Staat und Volk zunehmend zu einer Einheit.<sup>55</sup> Das schränkte nicht nur die Bemühungen um eine konstruktive Minderheitenpolitik erheblich ein und lähmte die Diskursfreudigkeit. In der Erklärung dieser Staatsraison aus der geopolitischen Lage heraus und in der Konstruktion einer eindeutigen Abhängigkeit des Volkes vom Staat konnten sich auch die Protagonisten der Ukrainediskurse wiederfinden, und der Widerspruch zwischen einer ethnischen und einer staatlichen Assimilation trat in den Hintergrund.

Wenn sich auch Piłsudski gerade in der Frage der Staatsraison immer stärker von seinen sozialdemokratischen Wurzeln löste<sup>56</sup>, blieb die Bindung Wasilewskis an ihn doch bestehen. Dafür waren wohl weniger die seit Langem

<sup>53</sup> GIERTYCH (wie Anm. 48), S. 130.

<sup>54</sup> Więcej niż niepodległość (wie Anm. 26), S. 183 ff.

<sup>55</sup> MARIAN SEREJSKI: Naród czy państwo [Nation oder Staat], in: *Kwartalnik Historyczny* 80 (1973), 2, S. 324-335; ANDRZEJ WIERZBICKI: Naród – państwo w polskiej myśli historycznej dwudziestolecie międzywojennego [Nation – Staat im polnischen historischen Denken der Zwischenkriegszeit], Wrocław u. a. 1978.

<sup>56</sup> BÄCKER, Problematyka (wie Anm. 32), S. 80 ff.; WIESLAW BOKAJLO: Polnische Konzepte einer europäischen Föderation. Zwischen den „Vereinigten Staaten von Europa“ und dem konföderalen Mitteleuropa (1917-1939), in: HEINZ DUCHHARDT, MALGORZATA MORAWIEC (Hrsg.): *Vision Europa. Deutsche und polnische Föderationspläne des 19. und frühen 20. Jahrhunderts*, Mainz 2003, S. 97, 110 ff.

bestehenden politischen Beziehungen oder die Berücksichtigung für Führungspositionen als vielmehr allein das Bekenntnis zur Person verantwortlich, was auch für auch Hołówko und eine ganze Reihe anderer Persönlichkeiten der PPS gilt.<sup>57</sup> Die machtpolitische Präsenz und die Person Piłsudskis, gekoppelt mit einem breiten politischen Angebot, bescherte diesem politischen Lager eine große Attraktivität und wies ihm in der Haltung zu nationalen Fragen eine gewisse Brückenfunktion zu.<sup>58</sup> Demnach waren alle Bürger des polnischen Staates unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft Staatsbürger und damit im politischen Sinne Polen. Damit wurde nicht nur an eine Tradition aus den Zeiten des polnisch-litauischen Großreiches angeknüpft, sondern positiv betrachtet auch eine Positionierung im Interesse anderer Nationalitäten vorgenommen, die sich gegen den etablierten Nationalismus richtete. *Ethnos* und nationale Frage wurden quasi verstaatlicht und die Hierarchie „Staat-Volk-Individuum“ Teil der offiziellen Ideologie. Die übernationale staatliche Gesellschaft, in der nicht *ethnos*, sondern der Bürger zählte, ließ die Frage nach der Anerkennung der Ukrainer als Volk obsolet erscheinen und maß dem nationalen Bewusstsein nur sekundäre Bedeutung bei. Eine Lösung der nationalen Frage wurde so auf elegante Weise, zumindest aus (polnisch)-staatlicher Perspektive, überflüssig gemacht und ein Festhalten an ihr automatisch als Aufbegehren gegen Staat und Volk gewertet.

Diesem Grundsatz entsprechend versuchten maßgebliche Intellektuelle des Piłsudski-Lagers einen eigenen Nationalismus zu formulieren, der sich von dem der Nationaldemokratie eindeutig unterschied. Hierbei profilierten sich vor allem der renommierte Historiker Marceł Handelsman und Włodzimierz Bączkowski, der aufgrund seiner Fachkenntnisse und seines großen politischen Geschicks innerhalb kurzer Zeit in der Ukrainefrage zu einem gefragten Mann wurde. Immerhin war der Direktor des Osteuropa-Instituts und Herausgeber des *Biuletyn Polsko-Ukraiński* Ende der 1930er Jahre zu einem leitenden Beamten des Planungs- und Aktionsbüros von Marschall Śmigły-Rydz aufgestiegen. Für Bączkowski gab es einen positiven Nationalismus, der eben den Staat in den Vordergrund rückte und dem sich das Volk unabhängig von ethnischen Faktoren im eigenen Interesse als ein gemeinsames Staatsvolk un-

---

<sup>57</sup> ANDRZEJ CHOJNOWSKI (Bearb.): Tadeusz Hołówko o demokracji, polityce i moralności życia politycznego [Tadeusz Hołówko über Demokratie, Politik und die Moral des politischen Lebens], Warszawa 1999, S. 12.

<sup>58</sup> WŁADYSŁAW KULEZA: Koncepcje ideowo-polityczne obozu rządzącego w Polsce w latach 1926-1935 [Ideen und politische Konzepte des Regierungslagers in Polen 1926-1935], Wrocław u. a. 1985, S. 82 ff., 143 ff.; WALDEMAR PARUCH: Od konsolidacji państwowej do konsolidacji narodowej. Mniejszości narodowe w myśli politycznej obozu piłsudczykowskiego [Von der staatlichen Konsolidierung zur nationalen Konsolidierung. Nationale Minderheiten im politischen Denken des Piłsudski-Lagers] (1926-1939), Lublin 1997, S. 173 ff.; CZESŁAW MADAJCZYK: Dokumenty w sprawie polityki narodowościowej władz polskich po przewrocie majowym [Dokumente zur Nationalitätenpolitik der polnischen Regierungen nach dem Mai-Umsturz], in: Dzieje Najnowsze 4 (1972), 3, S. 137-169.

terordnet. Der ethnisch orientierte Nationalismus der Nationaldemokratie hingegen, der sich allein auf das Polentum konzentrierte und, chauvinistisch belastet, die Volkszugehörigkeit zum Bewertungsmaßstab machte, war für ihn negativ konnotiert und für Polen nicht praktikabel. Diese durchaus unterschiedliche Verwendung des Begriffs „Nationalismus“ in Polen verdeutlicht die differenzierte Selbstsicht auf den Nationalismus und zeigt, dass der Begriff beileibe nicht *per se* negativ belegt war, sondern immer der Zuordnung zu einem politischen Lager bzw. einer bestimmten Haltung bedurfte, sei sie nun von Bączkowski, den Bauerparteilern oder den Christdemokraten.

## 2.2 Eigenstaatlichkeit und Autonomie

Die Frage nach der Schaffung eines ukrainischen Staates wurde am Ausgang des Ersten Weltkriegs nicht nur durch die ukrainische Nationalbewegung gestellt, sondern war auch vor dem Hintergrund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen virulent. Hierzu mussten sich alle politischen Lager positionieren, bevor sie ihre Haltung zum Ukraineproblem artikulieren konnten. Standen Konservative und Nationaldemokraten den ukrainischen Versuchen zum Aufbau einer eigenständigen Staatlichkeit und Piłsudskis Bündnissen mit ukrainischen nationalen Bewegungen schon skeptisch bis ablehnend gegenüber, so war das Projekt nach dem Frieden von Riga völlig obsolet geworden. Die Konservativen sahen selbst in Konzepten territorialer Autonomie noch eine Gefährdung des „polnischen Besitzstandes“ in den Kresy und damit eine Unterminierung polnischer Vorherrschaft.<sup>59</sup> Für die Nationaldemokraten war jegliche Eigenständigkeit ein Zugeständnis an die ukrainische Nationalbewegung und damit eine unmittelbare Staatsgefährdung, vor allem in Hinblick auf größere Einflussmöglichkeiten Russlands und Deutschlands.<sup>60</sup>

Selbst bei Piłsudski und seinem engeren Kreis machte sich besonders nach 1926 eine zunehmende Distanz zu Fragen einer ukrainischen Staatlichkeit bemerkbar, die vor allem seine Anhänger in der PPS irritierte. Dennoch hielten sie an den Grundsätzen Wasilewskis und Hołówkos fest. Eine ukrainische Staatlichkeit war bei der PPS allerdings, in Übereinstimmung mit Piłsudskis Ukrainepolitik der Jahre 1919-1921, immer Bestandteil des föderalen Projekts. Allerdings wurde bei Piłsudski wie auch bei der PPS nie ganz deutlich, in welcher Form ukrainische Staatlichkeit und Föderation vereinbart und konkret umgesetzt werden sollten. Betont wurden lediglich das Prinzip der Freiwilligkeit sowie der deutliche Wunsch, dass ein polnisches Patronat diese Konstruktion gegen die imperialen Bestrebungen Russlands und auch Deutschlands sichern sollte.<sup>61</sup> Ohnehin sah die PPS die größte Gefahr in einer

<sup>59</sup> STOCZEWSKA, Ukraina (wie Anm. 6), S. 208 ff., 215 ff.

<sup>60</sup> ROMAN DMOŃSKI: Świat powojenny i Polska [Die Nachkriegswelt und Polen], Warszawa 1931, S. 243; CHOJNOWSKI, Koncepcje (wie Anm. 8), S. 185 ff.

<sup>61</sup> MICHAŁ ŚLIWA: Dwa socjalistyczne projekty autonomii terytorialnej dla Ukraińców w II Rzeczypospolitej [Zwei sozialistische Projekte einer Territorialautonomie für die Ukrainer in der 2. Republik], in: ANDRZEJ ANDRUSIEWICZ (Hrsg.): Polska i jej wschod-

ukrainischen Staatsbildung mit russischer Unterstützung, und Hołowko sprach sich 1919 für einen selbständigen ukrainischen und litauisch-weißrussischen Staat in enger Bindung an Polen als bestes Mittel zum Schutz gegen Russland aus. Er befürwortete das Bündnis Piłsudskis mit dem Führer der kurzlebigen Ukrainischen Volksrepublik Symon Petlura.<sup>62</sup>

Auch nach dem Frieden von Riga, als sich das föderale Projekt zunächst erledigt hatte<sup>63</sup>, sah die PPS weiterhin die Unterstützung der Selbstständigkeitsbestrebungen der Ukrainer als ihre Hauptaufgabe bei der Lösung des nationalen Problems in den Kresy an und machte diese Frage zum Gegenstand tiefergehender theoretischer Erörterungen. Hinsichtlich der praktischen Politik trat sie somit für eine Autonomie als Weiterführung des föderalen Konzeptes unter nationalstaatlichen Bedingungen ein. In der Frage der Gestaltung dieser Autonomie kam es jedoch zu scharfen Auseinandersetzungen, die auch ein Hinweis auf das innere Auseinanderdriften der polnischen Sozialdemokratie waren. Selbst Wasilewski als enger Gefährte Hołowkos zeigte sich zunehmend distanziert und befürwortete eine territoriale Autonomie nur in den ostgalizischen Gebieten mit eindeutiger ukrainischer Mehrheit. Auch bei der Gewährung autonomer Rechte war Wasilewski eher zurückhaltend.<sup>64</sup> Für eine so weitgehende Autonomie, wie Hołowko sie forderte, war ihm das Konfliktpotenzial in Ostgalizien einfach zu hoch. Ethnische Verteilung, soziale Unterschiede und konfessionelle Spannungen hatten in der Vergangenheit zu oft zu Auseinandersetzungen geführt, als dass man unter den Bedingungen einer ukrainischen Autonomie von einem geregelten Zusammenleben ausgehen könne. Er sah deshalb in einer weiterhin engen Bindung an den polnischen Staat die besten Voraussetzungen, um die Selbstständigkeitsbestrebungen der Ukrainer zu realisieren.<sup>65</sup>

Inwieweit die PPS mit dieser Haltung schon von selbst formulierten Grundsätzen abbrückte oder auf staatspolitischen Pragmatismus umschwenkte, ist schwer zu beurteilen. Dies ist aber durchaus zu vermuten, zumal Wasilewski gegenüber den Pazifizierungsaktionen in den Kresy 1930/31 eine recht indifferente Haltung einnahm, indem er sie zwar nicht begrüßte, aber eine ge-

---

ni sąsiedzi, Rzeszów 1997, S. 315-332; ROMAN BÄCKER: Polska Partia Socjalistyczna wobec postulatu autonomii terytorialnej Galicji Wschodniej [Die Polnische Sozialistische Partei und die Forderung nach einer Territorialautonomie in Ostgalizien], in: Polska i Ukraina (wie Anm. 31), S. 397-408.

<sup>62</sup> STANISŁAW J. PAPROCKI: Ś. p. Tadeusz Hołowko wobec problemów narodowościowych [Tadeusz Hołowko (sel. A.) und die Nationalitätenprobleme], in: Sprawy Narodowościowe 5 (1931), 4-5, S. 381-398.

<sup>63</sup> KRZYSZTOF GRYGAJTIS: Polskie idee federacyjne i ich realizacja w XIX i XX w. [Polnische Föderationsideen und ihre Realisierung im 19. und 20. Jh.], Częstochowa 2001, S. 395 ff.

<sup>64</sup> STOCZEWSKA, Ukraina (wie Anm. 6), S. 282 ff.; DIES., Litwa (wie Anm. 10), S. 373 ff.

<sup>65</sup> DIES., Ukraina (wie Anm. 6), S. 273.

wisse Notwendigkeit einräumte.<sup>66</sup> Ohnehin herrschte in der PPS starke Ernüchterung und eine gewisse Resignation, nachdem sich die großen Hoffnungen, die in den Mai-Umsturz und die Sanacja-Regierung gesetzt worden waren, nicht erfüllt hatten. Wasilewski und Hołowko waren zwar Mitglieder des neu berufenen Sachverständigenrates für Minderheitenfragen geworden, merkten jedoch recht bald, dass sie auch in dieser Funktion kaum Einfluss ausüben konnten und sich die allgemeine Lage nicht verbesserte. Zweifellos stellten die Ereignisse zu Beginn der 1930er Jahre nach dem Mai-Umsturz die nächste große Zäsur im Ukrainediskurs dar. Die zunehmende Zahl terroristischer Akte seitens ukrainisch-nationalistischer Organisationen und eine weitere Radikalisierung der ukrainischen Nationalbewegung insgesamt schwächten jene Kräfte, die eine konstruktive Lösung der Nationalitätenfrage anstrebten, und waren natürlich Wasser auf die Mühlen der Hardliner nicht nur in der Nationaldemokratie. Vor allem aber die Ermordung Hołowkos, dem wohl entscheidendsten Vertreter einer proukrainischen Politik, durch einen ukrainischen Nationalisten im Jahr 1931 dürfte jene Kräfte bis ins Mark getroffen haben, die sich für eine Anerkennung nationalstaatlicher Rechte der Ukrainer einsetzten.

Eigentlich hatte das Piłsudski-Lager zunächst die Positionierung der PPS zur ukrainischen Selbständigkeit übernommen und verfolgte sie formal in Grundzügen weiter. Bączkowski, der gerade diese Frage zu einem Kernpunkt seiner Betrachtungen machte, unterschied sich von Wasilewski vor allem dadurch, dass er die Errichtung eines unabhängigen ukrainischen Staates aus eigener Kraft für unrealistisch hielt; dieses Projekt sei nur mit polnischer Hilfe durchsetzbar. Grundlage dafür sei die Anerkennung des Rechts der Ukraine auf nationale Selbstbestimmung.<sup>67</sup> Bei allem Nachdruck, mit dem er diese Staatlichkeit forderte, ließ Bączkowski jedoch in bester Tradition Piłsudskis nie einen Zweifel daran, dass ihre Realisierung ein fester Bestandteil des großmachtpolitischen Programms Polens und das beste Mittel zur Verteidigung vor der russischen Gefahr sei. Was Bączkowski dabei deutlich von anderen Theoretikern, besonders aber von der praktischen Politik unterschied, war sein Verständnis für das ukrainische Nationalbewusstsein und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die polnische Politik. Er erkannte wie kaum ein zweiter, dass angesichts der Stärke und der offensiven Politik der ukrainischen Nationalbewegung die Realisierung einer Autonomie mit dem Ziel einer Eigenstaatlichkeit unumgänglich war. Die Ukrainer hatten viel von den Polen gelernt und für sich eine „organische Arbeit“ realisiert. Somit wussten die polnischen Eliten eigentlich aus der eigenen Erfahrung des natio-

<sup>66</sup> KOKO, W nadziei na zgodę (wie Anm. 32), S. 396; TEOFIL PIOTRKIEWICZ: Kwestia ukraińska w Polsce w koncepcjach piłsudczyzny 1926-1930 [Die ukrainische Frage in Polen in den Konzepten des Piłsudski-Lagers 1926-1930], Warszawa 1981, S. 106.

<sup>67</sup> WŁODZIMIERZ BĄCZKOWSKI: Zarys podstaw rozwiązania problemu ukraińsko-polskiego [Abriss der Grundlagen zur Lösung des polnisch-ukrainischen Problems], in: DERS., O wschodnich problemach (wie Anm. 21), S. 49 ff.

nenal Kampfes, dass eine abwehrende Haltung gegenüber den nationalen Forderungen der Ukrainer etwas Sinnloses hatte. Vielleicht lässt sich gerade mit dieser Erkenntnis die starre Haltung der Nationaldemokratie und der Konservativen erklären: als der Versuch, dieses Dilemma mit besonderer Härte zu überwinden.

Dieser destruktiven Position stellte Bączkowski mit dem Prometheismus als einem politischen Konzept der massiven Unterstützung nationaler Selbstständigkeitsbestrebungen ähnlich konsequent eine konstruktive Variante entgegen: nationale vs. imperiale Einhegung als Mittel im Kampf gegen Russland um die ostslawischen „Transitivölker“. <sup>68</sup> Aber gerade weil in der politischen Praxis das Nationalitätenproblem relativ unabhängig von dieser staatlichen Orientierung existierte, verwandte Bączkowski viel Energie darauf, seinen Ansatz theoretisch weiter zu begründen und dessen Funktionalität beispielhaft zu belegen. Für ihn war dieses Konzept der einzige Weg zur Lösung des Nationalitätenproblems und zur Schaffung einer national einheitlichen Grundlage für einen Rechtsstaat, in dem sich alle politischen Kräfte für die Realisierung des machtpolitischen Programms eines Polens zwischen den Meeren einsetzten. Bączkowskis Nationalitätenprogramm war damit gleichzeitig, wie kein anderes, auch ein außenpolitisches Programm. Das Bild vom „Polnischen Prometheus“, der sich an die Spitze der Befreiung der unterjochten Völker stellt, fand rasch Verbreitung und verband sich mit den föderativen Projekten und Nationalstaatsvorstellungen sowie der ethnisch-geografischen Faktenlage nach dem Frieden von Riga. Mit ihm wurden die Prinzipien des politischen Pragmatismus zur Sicherung Polens nach Osten mit der Option territorialer und machtpolitischer Veränderungen umgesetzt. <sup>69</sup> Die programmatische Vereinnahmung des Begriffs „Nationalismus“ wurde zwar von Wasilewski nicht geteilt, aber mit dem Prometheismus fand Bączkowski viele Anhänger in der PPS und schuf die wohl stärkste Klammer zwischen PPS und Piłsudski-Lager.

Ganz ähnlich positionierte sich in dieser Frage der Bunt Młodych (Revolte der Jungen) als politische Gruppierung um die gleichnamige Zeitschrift. Er war zwar dem konservativen Lager zuzurechnen, nahm aber eine so weit gehende Sonderstellung ein, dass seine eigenständige Betrachtung berechtigt erscheint. <sup>70</sup> Er was durchaus vergleichbar mit anderen „jungen Bewegungen“ im Europa der Zwischenkriegszeit, die sich aus dem konservativen Lager her-

<sup>68</sup> SCHENKE, Nationalstaat (wie Anm. 4), S. 247.

<sup>69</sup> SCHATTKOWSKY (wie Anm. 22), S. 534 ff.

<sup>70</sup> PAWEŁ KOWAL: Przyczynki do dziejów „sprawy ukraińskiej“ w Polsce [Beiträge zur Geschichte der „ukrainischen Frage“ in Polen], in: DERS./OLDAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 9-26, hier S. 15; GIEDROYC (wie Anm. 2), S. 56-82; PAWEŁ LIBERA: Z dziejów „Buntu Młodych“ i „Polityka“. Listy Aleksandra i Adolfa Marii Bocheńskich do Stanisława Łosia (1932-1939) [Aus der Geschichte des „Bunt Młodych“ und der „Polityka“. Briefe Aleksandr und Adolf Maria Bocheńskis an Stanisław Łoś], in: Studia z dziejów Rosji i Europy Śródkowo-Wschodniej 48 (2013), S. 327-350.

aus als Gegenentwurf zu linken Bewegungen verstanden und mit eigenen Gesellschaftsvorstellungen von den traditionellen Konservativen absetzten. Ohne sich selbst als solche zu sehen, hegten sie durchaus Sympathien für faschistische Bewegungen, vor allem der italienischen. Obwohl personell und organisatorisch noch eng mit den Konservativen verbunden, brach der Bunt Młodych doch bewusst mit den Traditionen des polnischen Konservatismus vor 1918. Er beurteilte die „ukrainische Frage“ einzig aus der Perspektive der Notwendigkeiten des neuen polnischen Staates und seiner außenpolitischen Bedingtheiten, was eine ganze Reihe von inhaltlichen Anknüpfungspunkten zu anderen politischen Strömungen schuf. Sein Bewertungsmaßstab war einzig und allein der starke Staat. Ein Polen mit Großmachtambitionen, ohne die ein Überleben in der gegebenen geopolitischen Konstellation nicht möglich erschien, sei mit der Existenz Russlands unvereinbar. Die Zerstörung Russlands war deshalb die Zielstellung des „Bunt“, womit er auch eine Grundposition des Konservatismus vertrat und viele Anknüpfungspunkte zum Piłsudski-Lager fand. Deshalb waren seine Vertreter auch Aktivisten des „Prometheismus“, und spätestens hier verschwammen die Konturen zwischen den Lagern fast vollständig.

In dieser Grundausrichtung einig, unterschieden sich die Aktivisten des Bunt in der Haltung zur „ukrainischen Frage“ doch grundsätzlich von den traditionellen Konservativen. Vorderhand waren die Ukrainer für den Bunt Bündnispartner im Kampf gegen (Sowjet-)Russland, und diesem Grundsatz hatte sich die Ukrainepolitik und damit auch die Minderheitenpolitik unterzuordnen. In der Neuauflage der Ukrainepolitik Piłsudskis der Jahre 1919/20 sahen sie einen sinnvollen Ausweg aus der politischen Misere der Zwischenkriegszeit. Die Ukrainer als Partner zu gewinnen, war daher genauso wichtig und selbstverständlich wie die Anerkennung eines souveränen ukrainischen Staates. Diese Ukraine, so die simple Logik des Bunt, konnte nur im Kampf gegen Russland bestehen und diesen nur in enger Bindung an Polen gewinnen. Eine Unterordnung unter die polnischen Interessen würde sich durch die kulturelle und machtpolitische Überlegenheit Polens dann von selbst ergeben und wäre für beide Seiten nützlich.<sup>71</sup>

Für Adolf Bocheński, den Redakteur der Zeitschrift *Bunt Młodych*, war deshalb jegliche Assimilationspolitik im Sinne einer Polonisierung kompletter Unsinn und für das Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat ohne Belang. Diese Frage würde sich mit einer eigenen ukrainischen Staatlichkeit ohnehin erledigen, wobei sich das Staatsterritorium natürlich auf russischer Seite, im Gebiet der linksufrigen Ukraine, befände.<sup>72</sup> Er entwickelte seine Auffassungen in Anlehnung an die Vorstellungen von ethnischer Vereinheitlichung bei Giertych und dem nationaldemokratischen Politiker und zweimali-

<sup>71</sup> MICH, *Problem mniejszości* (wie Anm. 26), S. 195.

<sup>72</sup> ADOLF BOCHEŃSKI: *Polityczne oblicze asymilacji narodowej* [Politische Gesichter der nationalen Assimilation], in: *Droga* 14 (1935), 6, Nachdruck in: KOWAL/OLDAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 147-168.

gen Ministerpräsidenten Władysław Grabski, wobei er eine breite historische Perspektive aufmachte und vor allem internationale Aspekte der europäischen Nachkriegsordnung berücksichtigte. Kernpunkt seiner Aussage war die Erkenntnis, dass ab einer bestimmten Stufe nationaler Entwicklung, die bei den Ukrainern ohne Zweifel erreicht sei, staatlicher Assimilationsdruck nur noch zur Stärkung der nationalen Bewegung beitrüge, was er mit Beispielen aus der französischen, deutschen und russischen Geschichte belegte.<sup>73</sup> Die logische Schlussfolgerung konnte für Bocheński deshalb nur in einer staatlichen Politik liegen, die alle Möglichkeiten der kulturellen und auch politischen Entwicklung der Nationalbewegung nutzt, um sie in das Staatskonzept einzubinden, hiermit also nicht nur die polnische Staatlichkeit zu festigen, sondern auch den internationalen Normen der „Nationalitätengrundsätze“ zu entsprechen.<sup>74</sup> Er entwickelte auf dieser Grundlage wohl am überzeugendsten das Konzept der staatlichen Assimilation, in das er nicht nur machtpolitische, sondern auch kulturelle und ökonomische Faktoren einbezog.<sup>75</sup> Hinsichtlich der territorialen Eigenständigkeit blieben diese Vorstellungen, vor allen Dingen was Ostgalizien und Wolhynien betraf, letztlich diffus, keinesfalls jedoch sollte Lemberg ukrainisch werden. Dieses widersprüchliche Konzept wird nur verständlich, wenn es unter der Voraussetzung einer unmittelbaren Bindung einer ukrainischen nationalen Emanzipation an den polnischen Staat betrachtet wird, oder anders gesagt, eine ausgebildete, souveräne ukrainische Staatlichkeit ohne eine enge Bindung an Polen wurde nicht erwogen

### 2.3 Die ukrainische Minderheitenfrage

Die Minderheitenfrage nahm innerhalb des Ukrainediskurses eine besondere Stellung ein. Zum einen wurde die Regierungspolitik gegenüber den Ukrainern fast einhellig kritisiert, zum anderen war die Minderheitenfrage konkrete Alltagspolitik. Demgegenüber war die Anerkennung des ukrainischen Nationalcharakters oder die Frage einer wie auch immer gearteten Autonomie zwar ebenfalls ein Problem der ukrainischen Minderheit, aber vergleichsweise abstrakt. Das ermöglichte einerseits direkte Einflussnahme, verpflichtete andererseits aber auch zu konstruktivem Handeln, um in der ukrainischen und vor allem polnischen Gesellschaft glaubwürdig zu bleiben. Nicht zuletzt spiegelte sich in der Minderheitenfrage auch der Stellenwert der „ukrainischen Frage“ für die politischen Gruppierungen wider. Dieser Diskurs wurde dann auch, gerade hinsichtlich der Assimilation, mit entsprechender Härte geführt. Der Konflikt offenbarte sich vor allem am Schulsystem und wurde durch das sogenannte „Kresy-Gesetz“ Grabskis vom 31. Juli 1924, das insbesondere die

---

<sup>73</sup> Ebenda, S. 149 ff.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 161.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 166 ff.



Einführung eines ukraine-sprachigen Schulsystems vorsah, ausgelöst.<sup>76</sup> Diese zweisprachigen Schulen sollten nicht nur die rein ukrainischen Schulen verdrängen, sondern vor allem auch die polnische Dominanz sichern. Grabski wollte hier als Ideologe der Nationaldemokratie sehr früh ansetzen, denn in allen ukrainisch dominierten Bildungseinrichtungen sah er ein Instrument zur Verhinderung der Assimilation sowie einen Hort antipolnischer Verschwörungen.<sup>77</sup> Aus denselben Gründen musste auch das von ukrainischer Seite mit großem Nachdruck betriebene Projekt einer ukrainischen Universität in Lemberg<sup>78</sup> auf entschiedene Ablehnung stoßen.<sup>79</sup>

Erziehung sollte gemäß dem neuen Gesetz im Volk ein Gemeinschaftsgefühl sowie Stolz auf die polnische Kultur und die Zugehörigkeit zum polnischen Staat erzeugen.<sup>80</sup> Konnten sich die politischen Gruppierungen bei der Formulierung dieser Primärtugenden noch einigen, so war die Forderung nach der Zurückdrängung ukrainischer kultureller Wurzeln, die allerhöchstens noch als rein emotionale Bindungen fortbestehen durften, ein entscheidendes Instrument der Assimilation und damit Gegenstand scharfer Polemiken.

Mit dem nationalen, auf Assimilation beruhenden Konzept beantwortete die Nationaldemokratie alle Fragen, die sich aus der Existenz von Minderheiten, nicht nur der ukrainischen, ergaben. Nationalitätenprobleme seien allein durch den Versailler Vertrag, hier insbesondere durch den Minderheitenschutzvertrag, verursacht worden. Die Kritik der Nationaldemokratie an der Regierung konzentrierte sich deshalb auf deren Akzeptanz dieser Bestimmungen und dem angeblich unzulänglichen Assimilierungsdruck.

Für Wasilewski und Holówko hingegen war die „ukrainische Frage“ ein Bestandteil des allgemeinen Minderheitenproblems Polens, dem sich die PPS mit dem Ziel der Sicherung der Minderheitenrechte und ihrer konstruktiven

<sup>76</sup> EUGENIUSZ MIRONOWICZ: Białorusini i Ukraińcy w polityce obozu piłsudczykowski [Weißrussen und Ukrainer in der Politik des Piłsudski-Lagers], Białystok 2007, S. 134; ZŁOCH, Polnischer Nationalismus (wie Anm. 17), S. 244 ff., 353 ff.

<sup>77</sup> PAPIERZYŃSKA-TUREK (wie Anm. 6), S. 220 ff., 257 ff.; RADOMSKI (wie Anm. 31), S. 138 ff.

<sup>78</sup> MIRON KORDUBA: Kilka dat z dziejów dążeń społeczeństwa ukraińskiego do uzyskania własnego uniwersytetu [Einige Daten zur Geschichte der Bestrebungen der ukrainischen Gesellschaft zur Schaffung einer eigenen Universität], in: Biuletyn Polsko-Ukraiński (1934), 4, S. 1-4.

<sup>79</sup> JERZY TOMASZEWSKI: Rząd Rzeczypospolitej Polski wobec projektu utworzenia uniwersytetu ukraińskiego we Lwowie [Die Regierung der Polnischen Republik und das Projekt der Errichtung einer ukrainischen Universität in Lemberg], in: MICHAŁ PUŁAWSKI (Hrsg.): Ukraińska myśl polityczna w XX wieku, Kraków 1993, S. 115-124; ADAM REDZIK (Hrsg.): Academia Militans. Uniwersytet Jana Kazimierza we Lwowie [Academia Militans. Die Jan Kazimierz-Universität in Lemberg], Kraków 2015, S. 887-912.

<sup>80</sup> STOCZEWSKA, Ukraina (wie Anm. 6), S. 256.

Einbindung in den Staat intensiv widmete.<sup>81</sup> Sie teilte nicht nur die allgemeine Kritik an der Nationalitätenpolitik des Staates, sondern beklagte auch deren völlige Konzeptionslosigkeit. In den Augen der PPS zerstörte das utraquistische Schulsystem das ukrainische Schulwesen und diene ausschließlich der Assimilierung. Für Hołówko waren der Mai-Umsturz und die damit verbundene Hoffnung auf die Durchsetzung sozialdemokratischer Prinzipien in der Nationalitätenpolitik Anlass zu der Forderung, den „Augiasstall“ der polnischen Minderheitenpolitik gegenüber den Ukrainern endlich auszumisten.<sup>82</sup> Er forderte eine radikale Änderung des Schulwesens zugunsten ukrainischer und weißrussischer Schulen und befürwortete utraquistische Schulen nur in solchen Regionen, wo sich aufgrund der ethnischen Struktur zwei Schulen nicht lohnen; jedoch müssten dann die Lehrer die notwendige Sprachkompetenz besitzen.<sup>83</sup>

Das sollte auch für das höhere Schulwesen gelten. Die PPS unterstützte von allen Parteien am stärksten das Projekt einer ukrainischen Universität in Lemberg. Diese Stadt sei als ein Zentrum der ukrainischen Kultur dafür am besten geeignet. Gerade weil Lemberg eine polnische Stadt sei, biete sie besonders gute Voraussetzungen für eine weitere Annäherung von Polen und Ukrainern. Hołówko forderte darüber hinaus den Aufbau weiterer ukrainischer Hochschulen. Nur so entstünden die Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung sowie auch die besten Bedingungen für ein Zusammenleben von Polen und Ukrainern im polnischen Staat, vereint gegen die russische Bedrohung. Diese kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten bezog er explizit auch auf die staatlich garantierte Ausübung der Konfession. Orthodoxe und Unierte sollten vor einer Einflussnahme der römisch-katholischen Kirche geschützt werden, wobei er, wie auch andere Aktivisten der PPS, auf eine schärfere Polemik mit der polnischen Kirche verzichtete und überhaupt konfessionelle Fragen nicht in den Vordergrund stellte.<sup>84</sup> Ähnlich dem Piłsudski-Lager spielten bei der PPS Kirchen- und Religionsfragen eine eher untergeordnete Rolle. Man war sicherlich an einer Regelung der Beziehungen zwischen Unierten und Orthodoxen interessiert, richtete das Hauptaugenmerk jedoch auf die Zurückdrängung des russischen Einflusses. Diese Zurückhaltung dürfte auch als Vorsicht gewertet werden, denn eine zu deutliche Parteinahme für die Unierten hätte nicht nur die polnische katholische Kirche auf den Plan

---

<sup>81</sup> LEON WASILEWSKI: *Zadania polskiej polityki narodowościowej* [Aufgaben der polnischen Nationalitätenpolitik], in: *Droga 2* (1923), 4, S. 24-44; TADEUSZ HOŁÓWKO: *Minimalny program polityki polskiej w wschodniej Galicji i na t. zw. „kresach“*, ebenda 3 (1924), 10, S. 4-17.

<sup>82</sup> TADEUSZ HOŁÓWKO: *Metody i drogi sanacji stosunków we wschodniej Galicji i województwach wschodnich* [Methoden und Wege zur Regelung der Beziehungen in Ostgalizien und den östlichen Woiwodschaften], in: *Droga 5* (1926), 6-7, zit. nach KOWAL/ODAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 103-113, hier S. 105.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 107 ff.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 112.

gerufen, sondern auch dem Vorwurf Vorschub geleistet, den ukrainischen Nationalisten, die mit den Unierten gleichgesetzt wurden, in die Hände zu arbeiten.

In der Schulfrage baute sich die wohl stärkste Front gegen die Regierungspolitik und das Assimilierungskonzept der Nationaldemokratie auf. Auch hier zeigte sich der Bunt Młodych im konservativen Lager besonders radikal. Einer ihrer Wortführer, Alexander Bocheński<sup>85</sup>, beklagte die ständige Verringerung der Zahl ukrainischer Schulen in den Kresy und sah in einem utraquistischen System die Rechte der Ukrainer auf kulturelle Entfaltung bedroht, was den nationalen Zwiespalt zwischen Polen und Ukrainern vergrößern könne. Ähnlich wie sein Bruder Adolf waren für ihn eine loyale Haltung der Ukrainer und gute Zusammenarbeit mit ihnen zum Wohle des Staates auf einer antirussischen Grundlage die Hauptziele, er legte aber den Schwerpunkt auf die kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten, insbesondere den Ausbau eines eigenen Schulwesens. Wie sein Bruder führte er eine scharfe Polemik mit Giertych und Grabski und verurteilte die schikanöse staatliche Politik gegenüber den Ukrainern. Im Zentrum seiner Argumentation standen die Forderung nach Gleichberechtigung und die Erkenntnis, dass eine Unterordnung des ukrainischen Volkes unter das polnische, bzw. eine bewusst herbeigeführte geringere Bildung unter den Ukrainern, keinesfalls im Interesse des polnischen Staates liege, sondern nur jenen in die Hände spielen würde, die ein gemeinsames Handeln gegen Russland unterminieren wollten.<sup>86</sup> Ausdruck einer konzertierten Aktion in diesem Sinne war die von Stanisław Łoś zusammen mit Bączkowski und Aleksander Bocheński 1938 verfasste Publikation „Das polnisch-ukrainische Problem im Czerwiensker Gebiet“<sup>87</sup>. Łoś als exponierter Vertreter des konservativen Lagers setzte sich eher für ein regional differenziertes System ein, das die Bevölkerungsverteilung stärker berücksichtigen sollte, aber nur Sinn ergab, wenn die Lehrer entsprechend sprachlich qualifiziert waren.<sup>88</sup> Die Perspektive von Łoś war deshalb von besonderem Gewicht, weil er als langjähriger hochrangiger Mitarbeiter des polnischen Außenministeriums immer auch Deutschland und die Position Polens im Völkerbund im Blick hatte, beim *Biuletyn Polsko-Ukraiński* mitzureden hatte und Kontakte zu einflussreichen ukrainischen Politikern unterhielt.<sup>89</sup>

<sup>85</sup> MARCIN KRÓL: *Style politycznego myślenia* [Stile des politischen Denkens], Paryż 1979, S. 27.

<sup>86</sup> ALEKSANDER BOCHEŃSKI: *Problem polityczny Ziemi Czerwieńskiej* [Das politische Problem des Czerwiensker Gebietes], in: DERS., STANISŁAW ŁOŚ, WŁODZIMIERZ BĄCZKOWSKI: *Problem polsko-ukraiński w ziemi czerwieńskiej*, Warszawa 1938, Nachdruck in: KOWAL/OLDAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 169-210.

<sup>87</sup> BOCHEŃSKI/ŁOŚ/BĄCZKOWSKI (wie Anm. 86).

<sup>88</sup> STANISŁAW ŁOŚ: *O konstruktywną politykę na Rusi Czerwonej* [Über konstruktive Politik in Rotrussland], Warszawa 1932, S. 24.

<sup>89</sup> MACIEJ MARSZAŁ, SYLWIA WÓJTOWICZ: „Kwestia ukraińska“ w myśli politycznej Jana Stanisława Łośa 1918-1939 [Die „ukrainische Frage“ im politischen Denken von Jan Stanisław Łoś], in: ŁOŚ (wie Anm. 12), S. VII-XXI, hier S. VIII, X, XIV. Ebenda,

Das Buch repräsentierte die Auffassungen verschiedener Vertreter eines konservativ-prometheistischen Lagers, das sich in den 1930er Jahren weitgehend vom traditionellen Piłsudski-Lager gelöst hatte. Ohnehin wurden die Konturen des Piłsudski-Lagers immer undeutlicher.<sup>90</sup> Der Mai-Putsch von 1926 hatte eine große Fluktuation ausgelöst und eine neue Klientel angezogen. Zu klaren Standpunkten und Empfehlungen konnte sich diese politische Gruppierung immer weniger durchringen, und die geäußerten Vorstellungen oszillierten nun zwischen einer Befürwortung des ultraquistischen Schulsystems als Absicherung gegen antipolnische Tendenzen und dem von Wasilewski unterstützten ukrainischen Schulmodell als Grundlage einer eigenständigen kulturellen Entwicklung und nationalen Positionierung.<sup>91</sup> Die Haltung zu einer ukrainischen Universität in Lemberg war jedoch durchgängig positiv. Einer ihrer stärksten Befürworter war der Woiwode in Lemberg (1927/28) und Bunt-Anhänger Piotr Dunin-Borkowski. Einer besonders dringlichen ukrainischen Forderung zu entsprechen, läge im Staatsinteresse. Die polnische Bevölkerung müsse sich darauf schrittweise mit Hilfe des Staates vorbereiten. Damit sich durch die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg der nationale Zwist nicht verschärfe, sollten zunächst polnische Institutionen das weiterführende Bildungswesen der Ukrainer betreuen, wie etwa das *Ossolineum*.<sup>92</sup>

Für Dunin-Borkowski wäre dies ein wichtiger Schritt gewesen, um Normalität im Verhältnis zu den Ukrainern herzustellen, die er als eine Grundvoraussetzung staatlichen Zusammengehörigkeitsgefühls erachtete.<sup>93</sup> Die Loyalität der Ukrainer sollte vor allem durch ein Zusammengehen auf regionaler Ebene erreicht werden. Grundlage sei die konsequente Anwendung des Prinzips der Freiwilligkeit, was die stärksten Auseinandersetzungen mit der Nati-

---

S. 3-105, sind unter dem Titel „Spawa ukraińska“ seine Erinnerungen abgedruckt. Łoś ist auch deshalb interessant, weil er sich eingehend mit der Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Kresy beschäftigte und den Einfluss der polnisch-ukrainisch-jüdischen Beziehungen im ländlichen Bereich auf die nationalen Verhältnisse analysierte, vgl. STANISŁAW ŁOŚ: Problem gospodarczy Ziemi Czerwieńskiej [Das Wirtschaftsproblem des Czerwiensker Gebietes], in: BOCHENSKI/ŁOŚ/BĄCZKOWSKI (wie Anm. 86), Nachdruck in: KOWAL/OLDAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 211-228.

<sup>90</sup> WALDEMAR PARUCH: Piłsudczikowska wizja Rzeczypospolitej a warunki a możliwości jej realizacji (1926-1939) [Überlegungen des Piłsudski-Lagers über die Republik und die Bedingungen und Möglichkeiten ihrer Realisierung (1926-1939)], in: DERS., KRYSZYNA TREMBICKA (Hrsg.): *Wizja i Realia. Studia nad realizacją polskiej myśli politycznej XX wiek*, Lublin 2002, S. 23-44. Vgl. auch die Texte führender Vertreter des Piłsudski-Lagers in: RADOMSKI/WOJDYŁO (wie Anm. 25), S. 51-70, die Aufschluss über ihr Selbstverständnis geben.

<sup>91</sup> STOCZEWSKA, Ukraina (wie Anm. 6), S. 303.

<sup>92</sup> PIOTR DUNIN-BORKOWSKI: Wytuczne programu zbliżenia polsko-ukraińskiego [Richtlinien zu einem Programm der polnisch-ukrainischen Annäherung], in: *Droga 10* (1931), 5, Nachdruck in: KOWAL/OLDAKOWSKI (wie Anm. 15), S. 115-125, hier S. 118 ff.

<sup>93</sup> Ebenda, S. 123.

onaldemokratie hervorrief. Wie ernst es dem Piłsudski-Lager mit der Umsetzung dieser Prinzipien war, zeigte das sogenannte „wolyhnische Experiment“ des mit einer kurzen Unterbrechung seit 1928 amtierenden Woiwoden Henryk Józewski.<sup>94</sup> Die damit verbundenen Maßnahmen umfassten u. a. die Schaffung von wissenschaftlichen und sonstigen Einrichtungen, die sich mit dem Minderheitenproblem und der Ukrainefrage, ja einer Ostpolitik allgemein, beschäftigten. Sie sollten für eine durchkonzipierte Minderheitenpolitik sorgen und der Willkür vor Ort den Boden entziehen. Hiermit signalisierte man auch der Gesellschaft, dass man die nationale Vielfalt des polnischen Staates anerkannte.<sup>95</sup> Allerdings büßte dieses ehrenwerte Ansinnen schnell an Wirkung ein, als deutlich wurde, dass es eigentlich nie wirklich um eine Verbesserung der Lage der Minderheiten ging. Eine konstruktive Minderheitenpolitik oder Ukrainepolitik war immer einem rein funktionalen Prinzip untergeordnet und Bestandteil des Prometheismus. Dieser Ansatz mag auch zur Begründung der Durchsetzungsschwäche konkreter Maßnahmen wie dem „wolyhnischen Experiment“ dienen, das letztlich scheiterte.

### 3 Entpolitisierung und Militarisierung der Problemlagen

Mitte der 1930er Jahre traten Ukrainepolitik und Ukrainediskurs in eine neue Phase. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sie lagen nicht nur im überfälligen Eingeständnis eines kompletten Scheiterns der Nationalitätenpolitik sowie im Unvermögen, die durchaus vorhandenen Ansätze einer stringenten Ukrainepolitik in der Praxis umzusetzen, sondern auch in der Konfrontation mit einer zunehmend aggressiven und selbstbewussten ukrainischen Nationalbewegung. Es erfolgte aber auch ein grundsätzlicher Perspektivenwechsel, der die Außen- und Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt rückte und die Dominanz der Nationalitätenproblematik verdrängte.<sup>96</sup> Der Tod Piłsudskis 1935 hat hier gewiss Einfluss ausgeübt. Unter dem Regime der Obristen ordneten sich die politischen Kräfte neu, der Ukrainediskurs erlahmte und war in den einschlägigen Zeitschriften nicht mehr allgegenwärtig. Weiterhin wurde jedoch von

<sup>94</sup> JAN KĘSIK: *Zaufany Komendanta. Biografia polityczna Jana Henryka Józewskiego 1892-1981* [Die Vertrauten des Kommandanten. Politische Biografie Jan Henryk Józewskis 1892-1981], Wrocław 1995, S. 60 ff.; ROBERT POTOCKI: *Polityka państwa polskiego wobec zagadnienia ukraińskiego w latach 1930-1939* [Die Politik des polnischen Staates gegenüber dem Ukraineproblem 1930-1939], Lublin 2003, S. 135 ff., 203 ff.; ZŁOCH, *Polnischer Nationalismus* (wie Anm. 17), S. 351 f.; SCHENKE, *Nationalstaat* (wie Anm. 4), S. 243 ff.

<sup>95</sup> ROBERT POTOCKI: *Idea restytucji Ukraińskiej Republiki Ludowej* [Die Idee einer Wiederherstellung der Ukrainischen Volksrepublik] (1920-1939), Lublin 1999, S. 208 ff.

<sup>96</sup> ANDRZEJ CHOJNOWSKI: *Kwestia mniejszości narodowych a bezpieczeństwo państwa w myśli politycznej Narodowej Demokracji i Sanacji* [Die Frage der nationalen Minderheiten und die Sicherheit des Staates im politischen Denken der Nationaldemokratie und der Sanacja], in: ZIELIŃSKI (wie Anm. 39), S. 217-222.

höchster Stelle immer wieder nachdrücklich auf die Bedeutung der „ukrainischen Frage“ und des Minderheitenproblems hingewiesen. Dabei fehlte es nicht an Deutlichkeit, wenn etwa der Innenminister und Vorsitzende des Ministerrates General Felicjan Sławoj-Skłodkowski am 24. Januar 1938 in einer Rede vor dem Sejm eindringlich für die Herstellung normaler Beziehungen zu den Minderheiten plädierte, vor nationalem Hass warnte und dieses Problem als existenziell für die polnische Staatlichkeit beschrieb. Solche Äußerungen machten jedoch erst recht, vor allem nach 1935, den eklatanten Widerspruch deutlich, der zwischen plakativer Anerkennung des Stellenwertes der „ukrainischen Frage“ für den polnischen Staat und dessen mangelnder Umsetzung in der politischen Praxis herrschte.<sup>97</sup>

Nach den zermürbenden Aktionen zu Beginn der 1930er Jahre schienen zunächst beide Seiten der Konfrontation überdrüssig. Das Anfang des Jahres 1934 gegründete Komitee für Nationalitätenfragen sollte das Verhältnis zu den Ukrainern normalisieren.<sup>98</sup> Nach quälend langen Prozeduren und eher geringen Zugeständnissen, wie etwa die Zulassung des Begriffs „ukrainisch“, schwand das Vertrauen der ukrainischen Vertreter in den Verhandlungspartner sehr schnell, zumal sich das Komitee Fragen zuwandte, die eher auf eine Polonisierung der Ostgebiete abzielten.<sup>99</sup>

Was mit den Pazifizierungsaktionen 1930/31 begann, wurde mit Kampagnen wie der „Revindikation“ oder der „Wiedergewinnung der Seelen“ in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre konsequent weitergeführt und mündete schließlich in einem komplexen Zugriff des Militärs auf alle Fragen, die mit den Ostgebieten und den dortigen Minderheitenproblemen zusammenhingen.<sup>100</sup> Damit endeten eigentlich auch der Diskurs und jegliche politische Reflexion auf konzeptionelle Meinungsbildung zu einer konstruktiven Ukrainepolitik. Die Vereinbarungen zur Fixierung des Status der orthodoxen Kirche wurden zu deren Polonisierung genutzt. Das Militär in den Kresy widmete sich nunmehr intensiv der Organisation der polnischen Gesellschaft im Sinne einer „Stärkung des Polentums“ als politisches Programm und sorgte für eine Intensivierung der Ansiedlung von Militärangehörigen auf parzellierten Stellen.<sup>101</sup>

---

<sup>97</sup> BOHGDAN BUDUROWICZ: Polska a problem ukraiński w latach 1921-1929 [Polen und das ukrainische Problem 1921-1929], in: *Zeszyty Historyczne* (1983), 66, S. 15-47, hier S. 15.

<sup>98</sup> CHOJNOWSKI, *Koncepcje* (wie Anm. 8), S. 206 ff.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 211 ff.

<sup>100</sup> WERNER BENECKE: Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918-1939, Köln u. a. 1999, S. 267 ff.; MIRONOWICZ, *Białorusini* (wie Anm. 76), S. 212 ff.; SCHENKE, *Nationalstaat* (wie Anm. 4), S. 383 ff.; PIOTR STAWECKI: *Następcy Komandanta. Wojsko a polityka wewnątrzna Drugiej Rzeczypospolitej w latach 1935-1939* [Die Stellvertreter des Kommandanten. Armee und Innenpolitik in der Zweiten Republik 1935-1939], Warszawa 1969, S. 199 f.

<sup>101</sup> CHOJNOWSKI, *Koncepcje* (wie Anm. 8), S. 226 ff.

War die „ukrainische Frage“ immer auch ein internationales Problem und ganz eng an die Vorstellungen Piłsudskis über den außenpolitischen Imperativ der Existenz des polnischen Staates gebunden gewesen, so wurde sie nach 1935 nahezu völlig der Sicherheitsdoktrin untergeordnet, und jeglicher Bewegungsspielraum, auch wenn er nur diskursiven Charakter trug, ging verloren. Das bekam auch der sich in einflussreichen Positionen wöhnende Kreis um das *Biuletyn Posko-Ukraiński* unmittelbar zu spüren. Schließlich kritisierte es systematisch die Regierungspolitik gegenüber der ukrainischen Minderheit und die Ukrainepolitik im Allgemeinen, setzte sich entschieden für eine Verständigungspolitik ein und öffnete sich in dieser Frage auch ukrainischen Publizisten. Das erregte zunehmend Missfallen in bestimmten Kreisen der Sanacja und rief auch den Geheimdienst auf den Plan. Mit dem war das *Biuletyn* zwar eng verbunden, nicht zuletzt wurde es von ihm alimentiert, aber der entstandene Dissens mag als Indiz dafür gelten, dass es sich einer inhaltlichen Einflussnahme zunehmend verwehrt.<sup>102</sup> Auch die Lokalbehörden in den Kresy, Kirche und Militär meldeten Widerspruch an, vor allem angesichts des im *Biuletyn* vertretenen Projekts einer Großukraine. Das *Biuletyn* und seine Sympathisanten gerieten unter starken Druck, und die Beiträge unterlagen zunehmend der Zensur. Ende 1938 schließlich wurde weitere finanzielle Unterstützung abgelehnt und die Zeitschrift eingestellt. Stattdessen erschien nun die Monatsschrift *Problemy Europy Wschodniej* (Probleme Osteuropas), die sich politisch zurückhielt und sich stärker wissenschaftlichen Themen widmete.<sup>103</sup> Ob nun der Niedergang des *Biuletyn*, bzw. dessen politische Entfremdung von der Macht, eher eine Abkehr von den Prinzipien des Piłsudski-Lagers oder Ausdruck dessen fortschreitender Auflösung war, ist schwer zu beurteilen. Vieles spricht aber dafür, dass die herrschenden Obristen, die eigentlich in der Tradition Piłsudskis standen, das Interesse an einem Diskurs zum Ukraineproblem endgültig verloren hatten und jegliche konstruktiven Ansätze einer Minderheitenpolitik als störend empfanden.

<sup>102</sup> BĄCZKOWSKI, Karta (wie Anm. 43); CHOJNOWSKI, Koncepcje (wie Anm. 8), S. 193.

<sup>103</sup> Bączkowski blieb jedoch in den ersten Nummern der *Problemy* präsent und veröffentlichte Artikel, in denen er die Gefahr, die Polen durch Russland drohe, in einen großen historischen und geopolitischen Zusammenhang stellte und gleichzeitig scharf gegen die Nationaldemokratie polemisierte, deren Ukrainepolitik sie zum Handlanger Russlands mache. Vgl. O wschodnich problemach Polski [Über die Ostprobleme Polens], in: *Problemy Europy Wschodniej* 1 (1939), 1, Nachdruck in BĄCZKOWSKI, O wschodnich problemach (wie Anm. 21), S. 25-38; Europa wschodnia i obrona państwa [Osteuropa und die Verteidigung des Staates], in: *Problemy Europy Wschodniej* 1 (1939), 2, S. 77-91; Czy prometeizm jest fikcją i fantazją? [Ist der Prometheismus Fiktion und Phantasie?], ebenda 1 (1939), 3, Nachdruck in: BĄCZKOWSKI, O wschodnich problemach (wie Anm. 21), S. 119-136.

#### 4 Intellektueller Diskurs und politische Realität

Die polnische Nationalitätenpolitik und eine in den 1930er Jahren stetig zunehmende Konvergenz des Handelns über die Gräben politischer Anschauungen hinweg erschließt sich nur bei einer konsequenten Projektion auf die politische Grundkonstellation des modernen polnischen Staates. Sicher ist es nicht verkehrt, bei der Analyse der Ukrainediskurse die grundsätzlichen Positionen in der polnischen Politik zu betonen. Sie waren aber nicht mehr als Orientierungslinien. Die Kommunikation zwischen den Lagern war ausgeprägt und die inhaltliche Bandbreite der vorgetragenen Anschauungen groß. Einflussreiche Politiker, wie beispielsweise Aleksander Skrzyński, Mitte der 1920er Jahre Außenminister und Ministerpräsident, lehnten die nationale Assimilierungspolitik ab, ohne dem Piłsudski-Lager anzugehören, andere wiederum sahen in jeglichem Autonomieprojekt eine direkte Gefährdung des Staates, ohne mit der Nationaldemokratie zu sympathisieren. Als Schlüsselproblem erwies sich auch, dass Polens eigener Machtanspruch in Ostmitteleuropa allen föderalen Plänen von vornherein im Wege stand, wenn nicht sie völlig blockierte, und Polen in den Augen potenzieller Partner unglaublich erscheinen ließ. Dazu bedurfte es nicht erst des Friedens von Riga oder der Anerkennung der Ostgrenze Polens 1923. Weder ließen die Rahmenbedingungen föderale Lösungen zu, noch hatte Polen die Kraft zu ihrer Verwirklichung. Die Nationaldemokratie nahm eigentlich nur etwas vorweg, wozu Piłsudski durchaus bereit war. Eine Vorstellung von Nation, die Piłsudski ohnehin nicht besaß, war dafür nicht notwendig. Er dachte in den imperialen Kategorien des jagiellonischen Großreiches und seinen konstitutiven Implikationen. Piłsudskis föderales Programm war politischer Pragmatismus, um die Kräfte im Osten im Zaum zu halten, und kaum zur Lösung der nationalen Frage geeignet. Er hatte nie ein Konzept dafür besessen und eigentlich gar keinen Sinn für Nationalitätenpolitik.<sup>104</sup> Hier liegt auch der größte Unterschied zu seinen Mitstreitern aus der PPS, der beide Seiten voneinander entfremdete. Seine Positionen entsprachen durchaus denen der Nationaldemokratie, wenn auch anders formuliert.

Die vom historischen Verlauf vorgegebenen Tatsachen machten es allen Beteiligten unmöglich, sich der „ukrainischen Frage“ vorbehaltlos zu nähern, ganz zu schweigen vom politischen Handeln, bei dem ein in die Verantwortung genommener Theoretiker angesichts konkreter Probleme seine Ansätze recht schnell verleugnete oder sie, wie Leon Wasilewski, einem politischen Imperativ opferte, der vor allem eine russische Bedrohung betraf.<sup>105</sup> Bei allem Bemühen und nachdrücklichen Fordern konnte auch Hołówko den Widerspruch zwischen Unabhängigkeit und staatlicher Zugehörigkeit zu Polen nicht

---

<sup>104</sup> JAN PISULIŃSKI: Czy Piłsudski był federalistą? – Dylematy polskiej historiografii [War Piłsudski Föderalist? – Ein Dilemma der polnischen Historiografie], in: Biuletyn Ukrainoznawczy 11 (2005), S. 111-126.

<sup>105</sup> KOWAL, Przyczynki (wie Anm. 43), S. 11.



lösen und bot kein wirkliches Konzept an. Auch bei ihm blieb letztlich der Kampf gegen den gemeinsamen Feind Sowjetunion Bindeglied und Lösungsformel zugleich.<sup>106</sup>

Das setzte allerdings voraus, dass die Ukrainer und auch die Weißrussen diese Bedrohung genauso empfanden wie die Polen, was zumindest bis zum Ende der 1920er Jahre durchaus bezweifelt werden kann. Mehr noch, es setzte voraus, dass eine wie auch immer geartete Bindung an Polen mit den nationalen Ambitionen vereinbar war, oder anders gesagt, dass der Regelung der Beziehungen zum polnischen Staat auf beiden Seiten Priorität eingeräumt wurde. Dieses Konzept konnte so jedoch nicht aufgehen, da es die Grundprinzipien einer nationalen Bewegung, Eigenstaatlichkeit und Souveränität, in Frage stellte. Jede nationale Bewegung wäre in ihrem Kampf um die „nationale Sache“ desavouiert gewesen. Dazu kam ein durch die Erfahrungen aus Geschichte und Tagespolitik stark ausgebildetes Misstrauen gegenüber dem polnischen Staat, das sich nicht zuletzt aus der Gewissheit um dessen Großmachtambitionen zumindest im ostmitteleuropäischen Raum nährte, die sich gegen die unmittelbaren Nachbarn richten mussten. Auf dieser Grundlage war eine klare Unterscheidung zwischen dem Freund Polen und dem Feind Sowjetunion unmöglich.

In dieser Grundkonstellation lag dann auch der genetische Defekt des Prometheismus, so logisch und hilfreich er auch als das wohl einzige relativ geschlossene Konzept zum Umgang mit der „ukrainischen Frage“ in der Zweiten Polnischen Republik erscheinen musste. Aber auch der Prometheismus macht Polen als zentrale Figur in der Ukrainefrage noch lange nicht zum Referenzmedium oder zur Berufungsinstanz einer Nationalitätenpolitik. Trotz aller mitunter tiefgründigen diskursiven Überlegungen zu sämtlichen Teilproblemen der Ukraine und der, vor allem nach 1926, eigentlich zur Verfügung stehenden politischen Mittel zur Verwirklichung der damit verbundenen konstruktiven Ansätze hatte es doch nie wirklich ein staatliches Konzept zu ihrer Umsetzung gegeben. Die Orientierung an den Modellen eines gesellschaftlichen oder gar staatlichen Zusammenlebens blieb stets schemenhaft und ließ letztendlich den wirklichen Willen zu ihrer Umsetzung vermissen.

---

<sup>106</sup> HOŁÓWKO, *Metody* (wie Anm. 82), S. 104.